

Die Kontroversen im Alliierten Kontrollrat 1945/48 und die Entnazifizierung der Volksbildung aus der Perspektive der sowjetischen Besatzung

Olga Shtyrkina

Im März 1948 fand die Geschichte des Alliierten Kontrollrates ihren Ausklang: die widersprüchliche Geschichte eines beispiellosen Experiments der gemeinsamen Verwaltung Deutschlands als „eines niedergerungenen Landes durch mehrere, zudem gesellschaftspolitisch verschieden strukturierte Siegerstaaten“.¹ In dieser Zeit wurden die Grundsätze für den Aufbau des in vier Besatzungszonen geteilten Nachkriegsdeutschlands festgelegt, wobei sich die eklatanten Gegensätze in der Anschauungs- und Herangehensweise der Alliierten im Vorfeld des Kalten Krieges immer deutlicher zeigten.

In diesem Artikel wird die sowjetische Perspektive in der Diskussion über die Entnazifizierung der Volksbildung betrachtet, die im Hinblick auf die Entscheidungsfindung im Kontrollrat wenig erforscht ist. Aufgrund dieses Forschungsdefizits werden die Streitpunkte, mit denen sich die Alliierten von 1945 bis 1948 auseinandergesetzt haben, anhand der russischsprachigen Akten der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) analysiert. Diese Akten befinden sich als digitalisierte Überlieferungen aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) im Bundesarchiv (Bestand Z47 F). Für die Überprüfung der auf Grundlage der russischen Quellen gezogenen Schlussfolgerungen werden auch die Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland (OMGUS) ausgewertet, die im Original in den Washington National Archives und als Überlieferung im Institut für Zeitgeschichte in München liegen. Den Zugang zu einem Teilbestand der OMGUS-Akten verdankt die Autorin Herrn Professor Dr. Manfred Heinemann, der die Kopien der Originalunterlagen aus den USA zur Verfügung gestellt hat.

Für die Ausarbeitung der rechtlichen Grundlagen des Wiederaufbaus und der Entnazifizierung des Bildungswesens war das Bildungskomitee des Alliierten Kontrollrats zuständig, das in den russischsprachigen Unterlagen auch als Komitee der Volksbildung² oder Alliiertes Komitee für Bildung³ bezeichnet wird. Das Bildungskomitee war eine Struktureinheit des Direktorats für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen, zu dessen Aufgabe „die Kontrolle der Bildung in Deutschland und vollständige Ausmerzung der nationalsozialistischen und militaristischen Doktrinen“⁴ im Sinne der Durchführung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz gehörte. Die Initiativen des Bildungskomitees wurden im Direktorat besprochen und im Fall der Zustimmung an das Koordinationskomitee weitergeleitet oder zur Überarbeitung dem Bildungskomitee zurückgegeben.

Die Variabilität der Begriffe, wie sie im Fall des Bildungskomitees zu finden ist, bildet nur eine der vielen Besonderheiten bei der Auswertung der Akten. Allerdings erlauben die schriftlichen Zeugnisse, die heutigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Verfügung stehen, keine Rückschlüsse auf den bedeutenden Komplex der verbalen Kommunikation zwischen den Alliierten und zwischen den verschiedenen Ebenen des

1 Elisabeth Kraus (1990): Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen. S. 11.

2 Liste der Direktorate, Komitees, Unterkomitees, Arbeitsgruppen und Kommissionen zum 31.7.46. BArch Z47F R10134-1-8, Bl. 82.

3 Liste der Direktorate, Komitees, Unterkomitees, Arbeitsgruppen und Kommissionen zum 31.5.47. BArch Z47F R10134-1-11, Bl. 210.

4 Kalenderplan der Durchführung der Beschlüsse von Potsdamer Konferenz v. 15.12.45. BArch Z47F R10134-1-4, Bl. 221.

Verwaltungsapparats der jeweiligen Besatzungsmächte. Die vorhandenen Zeugnisse machen deshalb wegen der militärischen oder bürokratischen Sprache nur einen sterilen Eindruck. Für die sowjetischen Verwaltungs- und Militärstrukturen war es typisch, die wichtigen Anweisungen und die näheren Umstände mündlich bzw. telefonisch mitzuteilen⁵. Diese Situation bildete keine Ausnahme: James F. Tent verweist darauf, dass auch bei den Amerikanern die Telefone immer besetzt und, als Resultat, „schriftliche Aufzeichnungen nicht immer vorhanden waren“.⁶ Während der Tätigkeit der Sowjetischen Militäradministration wurden viele Dokumente nach militärischen Regeln der Aktenführung regelmäßig vernichtet;⁷ eine gewisse Anzahl der erhaltenen Akten in Moskauer Archiven bleibt noch gesperrt. Der Diskussionsprozess im Bildungskomitee kann vor allem in den Berichten der Abteilung für Volksbildung der SMAD verfolgt werden, wobei die Informationen dort verkürzt dargestellt und die Namen der Delegierten sehr selten erwähnt werden. Jan Foitzik nennt in seiner Untersuchung über die Struktur und Funktionen der SMAD die Generalmajore P.M. Malkow und R.A. Popow als sowjetische Delegierte im Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen sowie den Leiter der Abteilung für Volksbildung P.W. Solotuchin als Delegierten im Bildungskomitee.⁸ Die russischsprachigen Sitzungsprotokolle des Direktorats als übergeordnete Dienststelle für das Bildungskomitee enthalten zwar die Präsenzlisten, unter anderem die Namen der sowjetischen Delegierten, Generalmajor Semenichin und die Offiziere Plotnikow und Rostowskij⁹, widmen sich aber einem sehr breiten Themenkreis. Die Entnazifizierung des Bildungswesens stand vor diesem Hintergrund nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die amerikanischen Akten stellen eine besondere Herausforderung dar: So haben die Amerikaner die unzähligen Sitzungsprotokolle der Komitees, Unterkomitees und Arbeitsgruppen des Kontrollrats sehr lückenhaft aufbewahrt. Die Auswirkungen der Tätigkeit des Bildungskomitees lassen sich zwar vor allem in den Akten des Education and Religious Affairs Branch nachvollziehen, aber es lässt sich kein vollständiges Bild rekonstruieren.

Die schwierige Quellenlage führt zu widersprüchlichen Befunden in der Sekundärliteratur, wenn die Autoren zu den gleichen Sachverhalten praktisch gegensätzliche Aussagen machen. So schreibt Tent in seinem Buch zur Geschichte der Freien Universität Berlin über das „Durcheinander in der amerikanischen Nachkriegsplanung“ und behauptet, dass „von den vier Besatzungsmächten eindeutig die Sowjets diejenigen waren, die mit den am besten ausgearbeiteten Plänen für die Zukunft des besetzten Deutschlands aufwarteten“.¹⁰ Über die bereits im Voraus erfolgte Ausarbeitung sowjetischer

5 Vgl. „Denn es ist nicht nur vorstellbar, sondern im Einzelfall nachgewiesen, dass wichtige Anweisungen auch mündlich gegeben wurden, was nicht bzw. nur sporadisch und lückenhaft Niederschlag in deutschen Akten fand. Mündliche Ordern ergingen beispielsweise auf Beratungen mit deutschen Amtsinhabern oder Parteivertretern.“ In: Elke Scherstjanoi (2017): Sowjetische Befehle der Besatzungszeit – eine kaum genutzte Quelle im Bundesarchiv. Institut für Zeitgeschichte München–Berlin. www.bundesarchiv.de.

6 James F. Tent (1982): *Mission on the Rhine: reeducation and denazification in American-occupied Germany*. The University of Chicago Press. Chicago and London. S. ix.

7 S. Akten zu Übergabe-Übernahme, Abgleich und Vernichtung der Dokumente. In: GARF, RGASPI. R7317. Sowjetische Militäradministration in Deutschland. 1945–1949. <http://portal.rusarchives.ru/secret/r7317.shtml>.

8 Jan Foitzik (1999): *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD): Struktur und Funktion. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte*. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 44, S. 437–438.

9 Sitzungsprotokolle des Direktorats für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen v. 9.–10.1.47 u. v. 17.2.47. BArch Z47F R7317-18-4, Bl. 12, 134.

10 James F. Tent (1988): *Freie Universität Berlin: 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen*. Übers. aus d. Amer. von Karl Heinz Siber. S. 11, 13–14. Gleichzeitig informiert Tent in „Mission on the Rhine...“ (1982), S. xv, dass das State Department’s General Advisory Committee

bildungspolitischer Konzepte für die Neuordnung Deutschlands steht ebenfalls bei Christa Uhlig, die über den aus deutschen Emigranten in der UdSSR und anschließend aus Kriegsgefangenen herauskristallisierten Personenkreis schreibt, dass dessen Arbeit „für die Bildungspolitik in Ostdeutschland grundlegend werden sollte“.¹¹ So konstituierte sich im Februar 1945 im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ die „Kommission zur Umgestaltung des Erziehungs- und Unterrichtswesens“. In Gunther Mais Werk *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948* ... begegnet dem Leser eine andere Einschätzung: „Daß¹² die Politik Moskaus keineswegs langfristig geplant, klar durchdacht und unbeirrt von einem monolithisch organisierten Apparat umgesetzt wurde, ist schon länger bekannt, wengleich diese Einsicht nicht immer den entsprechenden Niederschlag gefunden hat“.¹³

Diese polarisierenden Sichtweisen in der Fachliteratur machen die Aussagen von Zeitzeugen, die als Akteure im Bildungsbereich, als Diplomaten und Mitarbeiter der Militäradministrationen tätig waren, besonders wertvoll, auch wenn es sich dabei um subjektive Wahrnehmungen handelt. Der oberste politische Berater des State Department im Stabe Eisenhowers, Robert Murphy, schrieb in seinen Erinnerungen, dass die Russen in Berlin, im Unterschied zu den USA und Großbritannien, gezeigt hätten, dass „sie klare Vorstellungen von der Politik nach dem Kriege besaßen“.¹⁴ Wenn wir uns aber der anderen Seite widmen und besonders die Position von Sergej Tjulpanow, 1945 bis 1949 Leiter der Propagandaabteilung (später – Informationsabteilung) der SMAD, betrachten, zeigt sich ein anderes Bild: „Natürlich gab es keine vollständig vorliegende Konzeption, wie man sich das vielleicht heute vorstellt“.¹⁵ Diese Sichtweise unterstützt der Sohn von Pjotr Nikitin, 1945 bis 1949 Leiter der Abteilung für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten der SMAD und bis März 1948 Mitglied im Alliierten Bildungskomitee: Im Band *Hochschuloffiziere* ... bestreitet er die Feststellung, dass die SMAD über ein vorher ausgearbeitetes Programm der „Sowjetisierung“ der Volksbildung verfügt habe, während die Westalliierten „vom Blatt weg“ gehandelt hätten:

„In Wirklichkeit lagen die Dinge nicht so. Es ist bekannt, dass seit 1943 an der Virginia University in Charlottesville eine Schule zur Ausbildung von Offizieren für die Militärverwaltung arbeitete. Im selben Jahr wurde beim Hauptstab der Expeditionstreitkräfte ein Stab der Zivilverwaltung gebildet, innerhalb dessen die anglo-amerikanische Kommission für Bildungsfragen wirkte. Sie hatte einen „technischen Leitfaden für Fragen

sich bereits im Juni 1942 getroffen hat, um den Wiederaufbau der Bildung in den besetzten Gebieten zu erörtern.

11 Christa Uhlig (1996): Emigranten und Remigranten in Bildungspolitik und Pädagogik – die Erfahrung Sowjetunion in der ostdeutschen Nachkriegsentwicklung, in: *Paedagogica Historica*, 32:3, S. 709–735.

12 Die alte Rechtschreibung wird in den Zitaten übernommen.

13 Gunther Mai (1995): *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948: Alliierte Einheit – deutsche Teilung? Quellen und Darstellungen der Zeitgeschichte*. Bd. 37. S. 7. Vgl. Heinemann, Manfred (Hrsg.) (2000): *Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945–1949. Die Sowjetische Besatzungszone*. Ed. Bildung und Wissenschaft. Bd. 4. S. 174: „Aus dem Eindruck der Unterlagen und der Gespräche mit Zeitzeugen ergeben sich Zweifel daran, daß es im Jahre 1945/46 in der SBZ eine ausformulierte Hochschul- und Wissenschaftspolitik gegeben hat [...] Zu Anfang erscheinen die Hochschulaktivitäten als Aktivitäten von Individuen, die von „unten“ aus mit der wiedererwachsenden Selbstverwaltung der Hochschulen beginnen und von den Motivationen her von der Überwindung des Kriegs- und Diktaturerlebnisses geprägt sind“.

14 Robert Murphy (1964): *Diplomat unter Kriegern. Zwei Jahrzehnte Weltpolitik in besonderer Mission*. Übers. von Joachim Neugröschel u. Ernst Wilhelm Graf Lynar. S. 341.

15 Sergej Tjulpanow (1986). *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*. Hrsg. und mit einem Nachwort von Stefan Doernberg. S. 23.

der Bildung und Religion“ ausgearbeitet, der „dem entsprechenden Abschnitt der Direktive JCS 1067/6 vom 26. April 1945 zugrunde gelegt wurde“.¹⁶

Allein diese Beispiele veranschaulichen, dass die Forscher und Zeitzeugen, die sich mit der amerikanischen Zone beschäftigt haben, das sowjetische Konzept des Wiederaufbaus und der Umgestaltung der Bildung für ausgereifter hielten als das amerikanische Konzept. Das Gleiche gilt für die Forscher bzw. Zeitzeugen, von der sowjetischen Seite in Bezug auf die OMGUS-Politik. Das erklärt sich damit, dass man im eigenen Untersuchungsfeld eher die Möglichkeit hat, hinter die Kulissen zu schauen, und so nicht Gefahr läuft, ein geglättetes Bild für die Realität zu halten. Mit Blick auf die Mehrdeutigkeit der Zeitzeugenaussagen und wissenschaftlichen Berichte ist es sinnvoll, darauf hinzuweisen, dass die von allen Besatzungsmächten mehr oder weniger ausgearbeiteten Konzeptionen und Vorbereitungen nach der Begegnung mit der Realität der Nachkriegszeit überarbeitet bzw. angepasst werden mussten.

Der Alliierte Kontrollrat: Unstimmigkeit als Prinzip

Nicht eindeutig ist die Periodisierung der Arbeit des Kontrollrats selbst. Häufig werden hier drei Hauptphasen unterschieden: Elisabeth Kraus nennt erstens die von Hoffnung getragene Kooperation von August 1945 bis Mai 1946, zweitens die Phase der „vermehrten Schwierigkeiten und Stagnationserscheinungen“¹⁷ bis Ende 1946 und schließlich drittens die Periode der Machtkämpfe in der letzten Zeit der Existenz der gemeinsamen Vier-Staaten-Kontrollmacht. Van Wagenen unterteilt die Phasen in „hope and hard work“ (August 1945 bis Mai 1946), „be tough but wait and see“ (Mai bis Dezember 1946) und „mark time but jockey for position“ (ab Dezember 1946).¹⁸ Drei Etappen, die zeitlich von der Einteilung van Wagenens abweichen, definiert auch Etzel als „unge-trübte Zusammenarbeit“ (September 1945 bis Januar/Februar 1946), „produktive Zusammenarbeit“ (Februar 1946 bis April/Mai 1947) und „Scheitern der Zusammenarbeit“ (April/Mai 1947 bis März 1948).¹⁹ Die Arbeit des Kontrollrats kann daher nur grob periodisiert werden: Die Anzahl der involvierten Akteure mit unterschiedlichsten Interessen, die innenpolitischen Schwierigkeiten der Besatzungsmächte sowie politische Ereignisse wie zum Beispiel die Fulton-Rede von Winston Churchill vom 5. März 1946, die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers James F. Byrnes am 6. September oder die Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1946 lassen verschiedene Periodisierungen zu. Unumstritten ist lediglich die Zäsur von 1947, die die Gegensätze zwischen Alliierten und der Sowjetunion verschärft hat. 1947 erscheint aus mehreren Gründen als Wendepunkt: Das Scheitern der Moskauer Konferenz der Außenminister, die Änderung der Besatzungspolitik in der SBZ mit der Stärkung der Parteikontrolle, die Übergabe der Zuständigkeit für die Amerikanische Besatzungszone vom Military Office an das State Department und der daraus resultierende Personal- und Konzeptionswechsel bei OMGUS sowie der Generationswechsel der Delegationsmitglieder bzw. des Führungspersonals der anderen Besatzungsmächte.

Eines der größten Hindernisse der Zusammenarbeit stellte die rechtliche Seite dar: Die Alliierten orientierten sich an verschiedenen grundlegenden Dokumenten. Laut den Erinnerungen von Robert Murphy erwartete niemand zu Beginn der Arbeit des Kontrollrats von den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen „die größte Behinderung“, man

16 Andrej P. Nikitin: Einleitung: Die Sowjetische Militäradministration und die Sowjetisierung des Volkssystem in Ostdeutschland 1945–1949. In: Heinemann (Hrsg.) (2000). S. 1.

17 Kraus (1990). S. 15.

18 R.W. Van Wagenen (1948): Cooperation and Controversy among the Occupying Powers in Berlin. In: The Journal of Politics. Vol. 10. Nr. 1. The University of Chicago Press. S. 89 f.

19 Matthias Etzel (1992): Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945–1948), S. 201–203.

war sich vielmehr darüber einig, dass „das Problem Nr. Eins die ‚Dokumente‘ darstellen“.²⁰ Gemeint sind die Washingtoner Direktive JCS 1067/6²¹ vom April 1945 (im Juli 1947 durch die Direktive JCS 1779 abgelöst) als Hauptdokument der amerikanischen Besatzungsmacht und das Potsdamer Protokoll vom August 1945 von Stalin, Truman und Attlee,²² worauf sich die Sowjetunion berief. Laut Murphy untersagte das erste Dokument „das unabdingbar Notwendige“, während das zweite von den Besatzungsmächten „Unmögliches“ verlangte. Außerdem seien die beiden Erlässe nicht ausreichend, um eine klare Antwort für jedes der unzähligen Probleme der Nachkriegsjahre zu geben. Die Bildungspolitik litt unter dem Mangel an Grundsatzpapieren, grundlegenden Dokumenten, auf die die Besatzungsbehörden sich in konkreten Schritten hätten beziehen können. Zu bedenken ist ebenfalls, dass die Tätigkeit der Besatzungsmächte sowohl durch außen- und innenpolitische Erwägungen als auch von Unterschieden der jeweiligen politischen und bürokratischen Kulturen geprägt wurde. So sollte die SMAD im Rahmen der Beschlüsse und Direktiven des ZK WKP(B) und der sowjetischen Regierung, insbesondere der Volkskommissariate (später Ministerien) für Auswärtige Angelegenheiten und für Verteidigung, agieren. Sie verfügte somit nur über wenig Selbstständigkeit in ihrer Politik. Diese Unterordnung unter gleich mehrere Instanzen führte zu Verwaltungsinkohärenz und zu weiteren Schwierigkeiten in der Arbeit der SMAD.

Der im Frühjahr 1948 verfasste SMAD-Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees in den Jahren von 1945 bis 1948 schildert die sowjetische Sichtweise auf die verschiedenen Zeitabschnitte der Tätigkeit des Kontrollrats. Das Jahr 1945 wurde als Zeitraum charakterisiert, in dem die Westmächte noch bereit waren, aktiv an der Arbeit des Komitees teilzunehmen. Seit den ersten Monaten des Jahres 1946 verzeichnete der Leiter der Abteilung für Volksbildung Pjotr Solotuchin die aus der sowjetischen Sichtweise auffällige Tendenz seitens der amerikanischen und englischen Delegationen, die „Entscheidungen zu verzögern“ und „den sowjetischen Initiativen entgegenzuarbeiten“.²³ Für Solotuchin gilt die amerikanische Delegation als die leitende Gegenkraft gegen die sowjetische Position, besonders nach der vierten Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947. Selbst die Tagungshäufigkeit ließ nach dem Scheitern der Konferenz und der anschließenden Abkühlung des politischen Klimas spürbar nach.²⁴ Solotuchin charakterisierte die amerikanische Strategie zu dieser Zeit als „Vollverzicht auf die Zusammenarbeit der Viermächte“.²⁵

Nachdem die sowjetischen Vertreter im März 1948 den Kontrollrat und im Juni des gleichen Jahres die Alliierte Kommandantur in Berlin verlassen hatten, findet man in der interalliierten Kommunikation weitere Klagen über das Ausschalten der Sowjetunion aus dem Entscheidungsprozess. Dies zeigt sich zum Beispiel im Briefwechsel von

20 Murphy (1964), S. 346.

21 Direktive des US-amerikanischen Joint Chief of Staff zur Besatzungspolitik an den Combined Chiefs of Staff in Deutschland vom April 1945, die die Grundlinien der US-Besatzungspolitik für die erste Zeit nach der deutschen Kapitulation festsetzte.

22 Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 formulierte politische und wirtschaftliche Prinzipien für die Behandlung Deutschlands in der ersten Kontrollphase, die Richtlinien über Reparationen, die politische und geografische Neuordnung Deutschlands, seine Entmilitarisierung und den Umgang mit Kriegsverbrechern.

23 P.W. Solotuchin, Leiter der Abteilung für Volksbildung der SMAD. Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 121.

24 Vgl. Mai (1995), S. 50.

25 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 121.

Juni 1948 zwischen dem amerikanischen Militärgouverneur General Lucius D. Clay und dem Obersten Chef der SMAD Marschall Wassili D. Sokolowski zum Beginn der ersten Krise des Kalten Krieges – der sowjetischen Blockade West-Berlins 1948/49. In seiner Antwort an General Clay vom 29. Juni bestätigte Marschall Sokolowski den Erhalt des Kommuniqués der Londoner Sechsmächtekonferenz²⁶ und setzte seinen Brief folgendermaßen fort:

„Soviet Military Administration has always maintained and continues to maintain, that separate conferences in London constitute a violation of the agreement concluded by the USSR, England, U.S.A. and France establishing the Control Authority mechanism in Germany, as well as a violation of the Potsdam Agreement which has established the Council of Foreign Ministers. Therefore, any decision regarding Germany, concluded by one or several of the occupying Powers in Germany without the participation of the Soviet Union, are illegal and without any moral authority.“²⁷

Diese Reaktion offenbart die typische Argumentationslinie der sowjetischen Seite in den Debatten im Bildungskomitee und verdeutlicht das Bestreben der UdSSR, sich als einziger, treuer Bewahrer des Potsdamer Abkommens zu präsentieren. Gewöhnlich begannen die sowjetischen Anklagereden mit dem Verweis auf die politischen Grundsätze des Abkommens und die sogenannte *Nichterfüllung* der Beschlüsse oder *bewusste Handlungsverzögerung* durch die westlichen Besatzungsmächte. Mit zunehmender Schärfe des Tonfalls im Kontrollrat steigerte sich auch die Intensität der Schuldzuweisungen. Wenn noch im August 1946 in der von der sowjetischen Besatzungsmacht herausgegebenen *Täglichen Rundschau* von der „unerlaubt langsam durchgeführten“ Entnazifizierung im Westen die Rede war, wurde im November des gleichen Jahres von einer „Komödie der Entnazifizierung“ und Anfang 1947 in der *Neuen Zeit* vom Versuch, „die Hitlerpartei wiederaufstehen zu lassen“²⁸, gesprochen.

Die SMAD und die Entnazifizierung der Volksbildung

Die Historiker, die sich ausführlich mit der Sowjetzone beschäftigen, sind meistens darüber einig, dass die sowjetische Besatzungsmacht bzw. die Abteilung für Volksbildung der SMAD über kein im Voraus bestimmtes einheitliches Konzept der Umgestaltung und Entnazifizierung der Volksbildung verfügte.²⁹ Die in den Jahren 1945 bis 1946 sehr deutliche Zurückhaltung der Besatzungsmacht bei der Befehlsgebung zur Entnazifizierung dient zur Bekräftigung dieser Sichtweise. Einzelfragen sollten vor Ort gestellt und beantwortet, grundlegende Richtlinien von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung mit der Leitung der SMAD abgestimmt werden. Das Ausbleiben jeglicher einheitlicher Direktiven und Anweisungen zur Entnazifizierung wurde bis 1947 als Kritikpunkt an der Tätigkeit der Abteilung für Volksbildung in den Berichten der Verwaltung für Innere Angelegenheiten genannt. Daraus wurde gefolgert, dass die Durchführung der Be-

26 Die Sechsmächtekonferenz der drei westlichen Besatzungsmächte und der Benelux-Staaten, zu der die Sowjetunion nicht eingeladen wurde, fand vom 23. Februar bis 2. Juni 1948 in London statt und eröffnete den Weg zur Gründung der BRD. Ihre Ergebnisse sind als „Londoner Empfehlungen“ bekannt.

27 Commander-in-Chief of the Soviet Military Administration in Germany V. Sokolovsky, Marshal of the Soviet Union, to General L. Clay, Commander-in-Chief and Military Governor US Occupation in Germany, Berlin, 29 June 1948. RG:260 OMGUS Box 474 File 4.

28 „Tägliche Rundschau“ v. 14.8.46, 10.11.46, „Neue Zeit“ v. 21.2.47. Zit. nach Walrab von Buttlar (1980): Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947, S. 184.

29 S. z.B. Heinemann (Hrsg.) (2000), Scherstjanoi (2017), Foitzik (1999), Tjulpanow (1986).

schlüsse des Potsdamer Abkommens in den Ländern der SBZ nicht einheitlich erfolgte.³⁰ Dies sei nur im Jahr 1947 beseitigt worden (gemeint ist vermutlich der Befehl Nr. 201 „Die Ordnung der Anwendung der Direktiven des Kontrollrats Nr. 24 und 38 über Entnazifizierung“), bis dahin wurden in den Ländern unterschiedliche bzw. widersprüchliche Verordnungen erlassen. So wurden in Sachsen und Brandenburg beispielsweise nicht nur aktive, sondern auch nominelle NSDAP-Mitglieder entlassen. Ferner existierte keine zentralisierte Erfassung der Entlassenen.³¹ Als Folge dessen wurden die wegen NS-Belastung entlassenen Lehrkräfte in anderen Ländern eingestellt. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Existenz einer Direktive oder eines Befehls nicht automatisch bedeutete, dass deren Inhalte sofort und nachhaltig in die Tat umgesetzt wurden. Auf die Umsetzungsspielräume und vorschriftswidrige Umsetzung der Befehle verweist unter anderem Elke Scherstjanoi, genauso wie auf den sektoral unterschiedlichen und dezentralen Start der sowjetischen Entnazifizierungspolitik.³²

Generell standen alle Besatzungsbehörden vor ähnlichen Problemen im Bildungsbe-
reich: Einerseits wollten die Siegermächte den Lehrbetrieb schnellstmöglich wiederauf-
nehmen, andererseits herrschte in allen Zonen Mangel an Lehrkräften, Räumen und Fi-
nanzmitteln. Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs bedurfte einer rechtlichen Basis und
Strukturen. Die politischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens schrieben zwar die
Denazifizierung vor, genauso wie die Überwachung des Erziehungswesens mit der Ent-
fernung sämtlicher nazistischer und militaristischer Lehrinhalte³³, sollten aber durch
die Befehlsgebung des Zonenkommandanten und die Schaffung entsprechender Struk-
turen konkretisiert werden. So wurde mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945³⁴
die Zentralverwaltung für Volksbildung zusammen mit den anderen Zentralverwaltun-
gen eingerichtet, um die Lehrbetriebe, die kulturbildenden und wissenschaftlichen In-
stitutionen zu leiten. Für die oberste Kontrolle durch die Besatzungsmacht war die Ab-

30 Historischer Bericht über die Arbeit der Verwaltung für Innere Angelegenheiten der SMAD für den Zeitraum Juli 1945–Oktober 1949. III. Durchführung der Entnazifizierung in der SBZ. BArch Z47F R7317-17-1, Bl. 17.

31 Ebd., Bl. 17–18. Vgl. Scherstjanoi (2017), S. 24: „...Ähnlich verhielt es sich in der Frage personeller Entnazifizierung von Verwaltung, Wirtschaft, Bildungswesen und anderen Gesellschaftsbereichen... Bis August 1947 erließen die sowjetischen Besatzer keinen Grundsatzbefehl zu deren „politischer Säuberung“, sei es aus ähnlichen Gründen wie bei der Bodenreform oder weil sie noch gemeinsame alliierte Entscheidungen zur Anwendung der 1946 erlassenen Kontrollrats-Direktiven 24 und 38 abwarten wollten.

32 Scherstjanoi (2017). S. 13, 24.

33 „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird“. In: Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin („Potsdamer Abkommen“) vom 2. August 1945. Politische Grundsätze. §7. www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html. Mehr dazu inkl. Beschlüsse des Kontrollrats v. Sommer 1945 – Sommer 1946 s. Horst Möller/Alexander O. Tschubarjan usw. (Hrsg.) (2005): Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949. Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven. Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 15, S. 32–33, insb. Direktive Nr. 24 v. 12.1.46 über die „Entfernung von Nationalsozialisten [...] aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“, Direktive Nr. 32 v. 26.6.46 über die „Disziplinarmaßnahmen gegen leitendes und Verwaltungspersonal von Lehranstalten, den Lehrkörper und die Studenten, die sich militaristischer, nationalsozialistischer oder antidemokratischer Propaganda schuldig machen“. Zu erwähnen ist auch die Direktive Nr. 38 v. 12.10.46 bzgl. der Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen, die alle Deutschen in vier Kategorien einteilte und den Kreis der zu entnazifizierenden Personen zu weit aus legte.

34 Der SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27.7.45 zum Aufbau Deutscher Zentralverwaltungen „zwecks Entwicklung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und Volkserziehung“.

teilung für Volksbildung mit ihren Bildungsoffizieren zuständig. Am 25. August erschien der Befehl Nr. 40 „Über die Vorbereitung der Schulen auf den Schulbetrieb“,³⁵ der festlegte, dass der Schulbetrieb zum 1. Oktober aufgenommen werden musste. Die Bedingungen der Wiederaufnahme der Tätigkeit der Hochschulen sowie der Erneuerung des Hochschulbereichs wurden mit dem Befehl Nr. 50 vom 14. September 1945 geschaffen. Die Universität Jena nahm als erste Hochschule ihre Tätigkeit in der SBZ wieder auf. Die Wiedereröffnung fand am 15. Oktober nach dem Befehl von Generaloberst W.I. Tschuikow, des SMA-Chefs in Thüringen, statt, und die Aufnahme des Lehrbetriebs folgte am 1. Dezember. Die Berliner Universität feierte ihre Eröffnung Ende Januar 1946, obwohl die ersten Treffen von Professoren und anderen „Bildungsfunktionären“ in Bezug auf ihre Eröffnung bereits Ende Mai 1945 stattgefunden hatten.³⁶

Der Befehl Nr. 50 schrieb die Ausmerzung der „nazistischen“ und „militaristischen Lehren“ aus der Bildung und Erziehung von Studenten vor, genauso wie die Ausbildung von Kadern zur Umsetzung der „demokratischen Grundsätze“ in die Praxis.³⁷ Obwohl es sich hier auch um die Kontrolle der Lehrtätigkeit aller Hochschulen der SBZ sowie um die Prüfung und Bestätigung des Leitungs- und Lehrpersonals sowie Kontingente der Studenten und Lehrpläne handelte,³⁸ wurden keine klaren Vorschriften zur politischen Säuberung des Hochschulbereichs gegeben. Der Befehl Nr. 40 zur Aufnahme des Schulbetriebs war dagegen präziser und wies an, alle früher in der Schule tätigen Lehrkräfte zu erfassen und diejenigen von ihnen anzustellen, die „nicht aktiv in faschistischen Organisationen und Gesellschaften tätig waren“³⁹. Das führte zur Entlassung einer erheblichen Anzahl der Lehrkräfte. Den katastrophalen Mangel an Schulpersonal versuchte man mit der Eröffnung der Neulehrerkurse 1945, von denen die ehemaligen NSDAP-Mitglieder ausgeschlossen bleiben sollten, zu beseitigen.⁴⁰ (Dass dies nicht immer der Realität entsprach, kann man dem Bericht des Ministeriums für Volksbildung Thüringen über entlassene Neulehrer vom 12. Januar 1947 entnehmen. Laut dem Bericht wurden etwa 55 bis 60 aktive Mitglieder der SED aus dem ersten Neulehrer-Lehrgang des Jahres „schon seit längerer Zeit aus dem Schuldienst entlassen, weil sie als Jugendliche korporativ in die NSDAP überführt wurden. Sie durften aber mit Zustimmung der SMA an den Ausbildungskursen teilnehmen“.⁴¹) Außerdem stützte sich die Besatzungsmacht auf den Befehl Nr. 42 vom 27. August, wonach die deutschen Verwaltungsorgane „das Erscheinen und die Registrierung aller ehemaligen Mitglieder der NSDAP bei den Militärkommandanturen sichern“⁴² sollten.

Die Vorstellungen der Besatzungsmacht zur Entnazifizierung der Hochschulen finden sich in den Unterlagen der SMAD-Abteilung für Volksbildung, seit September 1945 unter Leitung von Pjotr Solotuchin. Zu den offiziellen Hauptzielen ihrer Tätigkeit gehörte die „Ausrottung“ der nationalsozialistischen und militaristischen Doktrinen, mit dem proklamierten Vorhaben, „die Möglichkeit der erfolgreichen Entwicklung der demokratischen Ideen in der Volksbildung zu gewährleisten“, was seinerseits durch „eine

35 BArch Z47F R7317-8-1., Bl. 123–125.

36 Tent (1988), S. 21.

37 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949(1968). Mitw. Deutschland Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, S. 144–145.

38 Ebd., S. 145.

39 Ebd., S. 129.

40 S. z.B. Möller (Hrsg.) (2005). S. 44–45.

41 Ministerium für Volksbildung Thüringen: Bericht über entlassene Neulehrer vom 12.01.47. BArch DR 2/947,, Bl. 47–48.

42 Dmitrij Filippovich: Die Entnazifizierung der Universitäten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Heinemann (Hrsg.) (2000). S. 36.

grundlegende Reform des ganzen Bildungssystems“⁴³ gelingen sollte. Der Wiederaufbau des Bildungssystems erfolgte im Rahmen der Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsstruktur nach dem kommunistischen Muster mit seinem Erziehungsanspruch und der Monopolstellung des Staates, womit die Bildung zu einem der Instrumente der sozialen Kontrolle wurde. Das neue Bildungssystem hatte außerdem zur Einbeziehung der SBZ in die Einflussphäre der UdSSR beizutragen. Für die Volksbildung bedeutete dies unter anderem die Zentralisierung des Bildungssystems nach sowjetischem Typ, die scharfe Beschränkung der traditionellen Autonomie der deutschen Universitäten bei gleichzeitiger Ideologisierung und „Proletarisierung“ der Hochschulen, die Einführung der allgemein geltenden Lehrpläne und -programme und die Regulierung des (Hoch-)Schulzugangs nach dem Klassenprinzip. Es wurde für notwendig erachtet, sowohl die Hochschullehrer als auch die Studenten zu entnazifizieren bzw. von Elementen der nationalsozialistischen Gesinnung zu säubern und umzuerziehen. Es wurde aber schnell deutlich, dass die Inbetriebnahme des Unterrichtsprozesses ohne Wiederverwendung der belasteten Lehrkräfte nicht realistisch war: So hatten die sechs Universitäten und Hochschulen der SBZ allein im Jahr 1945 75 Prozent der Professoren und bis zu 80 Prozent der Dozenten und Lehrenden verloren⁴⁴, und zwar nicht nur durch Entlassung, sondern unter anderem auch durch die Ausreise von Wissenschaftlern in die Westzonen. Als Resultat fasste im Bildungsbereich ein tagesaktuelles, auf den verschiedenen Ebenen oft widersprüchliches Management Fuß. Unter dem Druck der aktuellen Ereignisse wurde eine sogenannte „Politik der jeweiligen Umstände“⁴⁵ betrieben.

D.N. Filippovich⁴⁶ unterscheidet drei Phasen der Entnazifizierung in der SBZ, die auch die entsprechenden Veränderungen der Politik im Hochschulbereich bestimmt haben: von Juni 1945 bis Januar 1946, von Januar 1946 bis August 1947 und von August 1947 bis Februar 1948. Die erste Phase ist gekennzeichnet durch die aktive Entfernung ehemaliger NSDAP-Mitglieder aus dem Hochschulbetrieb und eine Art „Selbstreinigung“⁴⁷ unter Beteiligung der Landesverwaltungen. Am Ende der ersten Phase, im Dezember 1945, beschloss die SMAD, ehemalige Parteigenossen nicht mehr als Hochschullehrer zuzulassen – mit seltenen Ausnahmen für nominelle Mitglieder, die als bedeutende Wissenschaftler galten. Nach den SMAD-Berichten vom Jahr 1945 und Angaben von Filippovich traf dies nur auf acht Personen an allen Universitäten der SBZ zu.⁴⁸ In diesem Zusammenhang ist die Notiz von Wilhelm Pieck bei der Besprechung in Karlshorst am 31. Januar 1946, sozusagen zum Wechsel der Entnazifizierungsphasen, beachtenswert. Es handelte sich um das Einverständnis von Stalin zur neuen taktischen Linie bei der Behandlung der „Nazimitglieder“ und ihrer Differenzierung: Die aktiven Nazis sollten weiter wie bisher bekämpft werden, den nominellen NSDAP-Mitglieder sollte hingegen klargemacht werden, dass man unter Umständen auf sie zurückgreifen würde und dass

43 Sammelband zur Geschichte der Abteilung für Volksbildung. BArch Z47F 1737-54-1, Bl. 22.

44 Ebd., Bl. 129. Laut der Tabelle der SMAD zählen zum Lehrkörper der sechs größten Hochschulen im Januar 1945 781 Personen, davon waren im Januar 1946 nur 159 geblieben. Von 622 Entlassenen haben nur 230 Personen ihre Stellen als ehemalige Nationalsozialisten verloren.

45 Vgl. Nikitin, in: Heinemann (Hrsg.) (2000), S. 1–10. Auch da: „In dieser Situation, in der keine der oben genannten Aufgaben konkretisiert worden war, hing der Charakter der Umgestaltungen an den Hochschulen ... vom Grad der Kompetenz und den persönlichen Eigenschaften der Mitarbeiter... ab“. Vgl. auch Michael Balfour (1959). Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland. 1945–1946, S. 106: „Die russischen Offiziere hatten sogar noch geringere Kenntnis von deutschen Verhältnissen.“

46 Filippovich, in: Heinemann (Hrsg.) (2000), S. 35–52.

47 Von Manfred Heinemann als „Selbstentnazifizierung“ genannt, in: Heinemann (Hrsg.) (2000), S. 394.

48 S. BArch Z47F R7317-54-1, Bl. 128. Auch Filippovich in Heinemann (Hrsg.) (2000), S. 35–52. Ebd. wird die SMAD-Statistik angeführt, wonach von August 1945 bis Januar 1946 aus den Hochschulen der SBZ 359 Professoren und 230 Dozenten und Lehrer, die der NSDAP angehört hatten, entlassen wurden.

sie „bei loyalen Verhalten auf unsere Unterstützung rechnen“ könnten.⁴⁹ Ob der beschlossene Kurswechsel eine sofortige Wirkung auf die Bildungspolitik hatte, lässt sich an dieser Stelle nur mutmaßen. Zu erwähnen ist aber, dass es sich im Bericht der Abteilung der Volksbildung vom 1. Quartal 1946 nicht mehr um acht, sondern nunmehr um achtzehn Professoren handelte, die aktuell als ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Hochschulen der SBZ tätig waren. Der Bericht vom 2. Quartal 1946 listet 28 Professoren auf, die trotz ihrer früheren NSDAP-Mitgliedschaft weiter in herausgehobener Position wissenschaftlich arbeiten konnten.⁵⁰

Die zweite Entnazifizierungsphase der Volksbildung in der SBZ wurde durch die Direktive des Alliierten Kontrollrats Nr. 24 vom 12. Januar 1946 bestimmt, wodurch auch ein neuer liberalerer Kurs gegenüber den *nominellen* NSDAP-Mitgliedern eingeschlagen wurde. *Aktive* Nationalsozialisten in verantwortlichen Positionen wurden aus dem Dienst entfernt, wenn sie den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstanden. In einem Jahr waren mit Stichtag Januar 1947 laut der SMAD-Statistik 31 NS-belastete Professoren in der SBZ im Amt.⁵¹ Kennzeichnend für diese Periode war nicht nur, dass den nominellen Parteimitgliedern die Integration in die neue Gesellschaft offiziell ermöglicht wurde, sondern auch, dass die Studentenschaft der Säuberung unterworfen wurde. Dies erfolgte nach einem Empfehlungsdokument, ausgearbeitet im Bildungsausschuss und angenommen am 23. Januar 1946 vom Koordinierungsausschuss des Kontrollrats, in dem es sich um die Begrenzung der Zulassung zum Studium für die Personen handelte, die NS-Organisationen angehört hatten. Deren Anzahl durfte an den Hochschulen 10 Prozent der Studentenschaft nicht überschreiten. Im Januar 1947 berichtete die SMAD, dass zu diesem Zeitpunkt in der SBZ nur 183 ehemalige NSDAP-Mitglieder (viele davon Mitglieder der ehemals demokratischen Parteien) und damit 1,3 Prozent aller Studenten immatrikuliert waren. Erklärt wurde dies mit der großen Anzahl der Studienbewerber, wodurch die Hochschulen die Möglichkeit hätten, vor allem formell unbelastete Bewerber zu berücksichtigen.⁵²

Der Befehl des Oberbefehlshabers der SMAD Nr. 201 vom 16. August 1947 kennzeichnete den Anfang der dritten Entnazifizierungsphase der Hochschulen. So wurde die Verantwortung für die Umsetzung der Kontrollratsdirektiven der deutschen Verwaltung übergeben, obwohl die SMAD entsprechende Kontrollfunktionen beibehielt. Deutsche Entnazifizierungsausschüsse waren bereits Ende 1946 eingerichtet worden. Den Verlauf dieser Entnazifizierungsphase veranschaulicht die SMAD-Statistik, wonach an den Hochschulen der SBZ am 1. Januar 1948 von 1 246 Lehrkräften mindestens 56 und am 1. Juli von 1 360 Lehrkräften 74 offiziell ehemalige NSDAP-Mitglieder tätig waren.⁵³

Von einer führenden Rolle der SMAD bei der Umgestaltung der Volksbildung kann auch bis 1949 nur in eingeschränktem Maße gesprochen werden, denn die wichtigen Neuerungen auf dem Gebiet Volksbildung waren entweder von den SED-Strukturen

49 Klarschrift der handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck. Besprechung am 31.1.46 um 4 Uhr in Karlshorst bei Marschall Bockow. BArch. NY4036-734 (Nachlass Pieck), Bl. 147.

50 I.A. Artjuchin: Bericht über die Tätigkeit der Abteilung für Volksbildung für das 1. Quartal 1946; Bericht über die Tätigkeit der Abteilung für Volksbildung für das 2. Quartal 1946. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 5, Bl. 31.

51 Schreiben des stellv. Leiters der Abteilung für Volksbildung, I. Artjuchin, an den Leiter der Verwaltung für Inneres Generalmajor Malkow, über die Entnazifizierungsmaßnahmen im Bereich der Volksbildung in der SBZ v. 9.1.47. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 9.

52 Ebd., Bl. 10.

53 I. Kosinow: Statistischer Bericht an den Leiter des Statistischen Büros über die Anzahl der Hoch-, Volks-, Ober- und Betriebsschulen und Bibliotheken der SBZ zum 1.1.48; Korizkij: Statistischer Bericht über die Hochschulen in der SBZ v. 23.7.48. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 19, 62.

initiiert worden oder fanden erst nach der Ablösung der SMAD statt.⁵⁴ Die Umgestaltung der Volksbildung 1945 bis 1949 wurde nicht nur durch das Ausbleiben grundlegender Dokumente und Reibungen im Alliierten Kontrollrat, sondern auch durch Schwierigkeiten im Apparat der SMAD selbst erschwert. Als solche sind zum Beispiel die Eigenmächtigkeit regionaler Militäradministrationen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Abteilung für Volksbildung und der Informationsverwaltung, der Konkurrenzkampf zwischen den Abteilungen sowie einzelnen Mitarbeitern zu nennen. Nicht zu vergessen ist, dass die Interessen der parteilichen, staatlichen und militärischen Instanzen sowohl in der Struktur der SMAD als auch auf übergeordneten Ebenen einander häufig entgegenstanden. Dies war bei der Entnazifizierung der Hochschulen insofern der Fall, als die Bemühungen der SMAD bezüglich des Wiederaufbaus des Bildungswesens häufig den Interessen des NKWD, der die Entnazifizierung vor allem als Inhaftierung der sogenannten „antisowjetischen Gegner“ verstand, widersprachen.⁵⁵

Das Bildungskomitee des Alliierten Kontrollrats und die Entnazifizierung der Hochschulen

Die Entnazifizierung des Lehrkörpers und der Studentenschaft rief höchst kontroverse Debatten im Bildungskomitee des Alliierten Kontrollrats hervor. Aus sowjetischer Perspektive wurde die eigene Delegation durch die Westalliierten dabei immer mehr unter Druck gesetzt. Der Bericht zur Tätigkeit der SMAD-Abteilung für Volksbildung des 2. Quartals 1946 behauptet, dass „der Sinn der Tätigkeit“ der Bildungsorgane des Alliierten Kontrollrats darin bestehe, die „alten reaktionären Positionen“ zu behalten, die sich schon im System der Volksbildung „des kaiserlichen und nationalsozialistischen Deutschlands“⁵⁶ etabliert hätten. Als Methoden, den sowjetischen Bestrebungen zur „Demokratisierung“ der Bildung entgegenzuarbeiten, wurden die in der Wahrnehmung der Sowjets erfolgten Entscheidungsverzögerungen in den dringendsten Fragen sowie die Ablehnung der sowjetischen Initiativen genannt.

Den Willen der sowjetischen Besatzungsmacht, sich aktiv am Entscheidungsprozess zu beteiligen, versucht der Bericht mit der Statistik der Beschlüsse in den sechzehn Sitzungen der Kommission (ca. nach achtzehn Monaten⁵⁷ ihres Bestehens) zu belegen: Von zwanzig besprochenen Fragen seien nur neun geklärt und der Rest von der Tagesordnung gestrichen worden, denn eine Verständigung sei nicht möglich gewesen oder die Frage hätte noch weiter diskutiert werden müssen. Von den neun geklärten Fragen seien fünf von der sowjetischen Delegation, drei von der amerikanischen und eine von der englischen gestellt worden. Bei allen Fragen fanden scharfe Diskussionen statt, wobei die amerikanische Delegation aus der sowjetischen Perspektive „meistens unversöhnliche Positionen“ bezogen habe und in der Regel von der englischen Delegation unterstützt worden sei. Die abweichende Position der Westalliierten in vielen Fragen bezeichnete die SMAD als „reaktionär“. In der sowjetischen Wahrnehmung galt das vor allem für Streitfragen wie die Entnazifizierung der deutschen Hochschulen, die Aufnahme ehemaliger Offiziere sowie den Einsatz der alten Landkarten in den Schulen. Nach der

54 S. dazu Nikitin, in: Heinemann (Hrsg.) (2000). S. 2–3.

55 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk (2002): Rezension zu: Heinemann (Hrsg.) (2000). Vgl. auch Mai (1995), S. 56 f., der diese Situation als „polykratisches Chaos“ charakterisiert.

56 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der Volksbildung in der SBZ. T.8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. 20.10.46. BAArch Z47F 1737-54-7, Bl. 82.

57 So im Bericht. Der Bericht über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung wurde ca. Ende des 3. Quartals 1946 verfasst.

Moskauer Konferenz der Außenminister⁵⁸ war aus der sowjetischen Perspektive die Tendenz der Amerikaner auffällig, sich „auf den Pfad der völligen Ablehnung der vierseitigen Zusammenarbeit im Bildungswesen“ zu begeben.⁵⁹ Konkret wirft die sowjetische Seite den Westalliierten vor, die Direktiven Nr. 54 und Nr. 56 des Kontrollrats⁶⁰ nicht als verbindlich anzuerkennen. Diese angebliche westliche Unnachgiebigkeit wird auch in den Erinnerungen des Leiters der Propaganda- und Informationsabteilung der SMAD Sergei Tjulpanow beschrieben, der behauptete, dass die politische Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen immer mehr „im Widerspruch zu den Beschlüssen von Potsdam“⁶¹ verlief.

Die Amerikaner als Gegenpartei ließen sich ebenfalls nicht unterkriegen. So erklärten sie im Januar 1947, in der Sowjetzone seien im Rahmen der Entnazifizierung 67 179 Personen verhaftet worden. In der amerikanischen Zone seien es 95 044 Personen gewesen, was „auf die Ineffizienz der Erfüllung des Potsdamer Abkommens in der Sowjetzone in Bezug auf die Verhaftung und Internierung hinweist“.⁶² Darauf erklärte die sowjetische Delegation, von 95 044 Verhafteten seien laut Angaben der Amerikaner 44 204 Personen freigesprochen und aus der Haft entlassen worden, obwohl zu vermuten sei, dass unter diesen Freigelassenen viele bedeutende Nazis gewesen seien.⁶³ Im Gegenzug warf die OMGUS der sowjetischen Militäradministration vor, dass ehemalige bedeutende Nationalsozialisten, die sich der in der SBZ „favorisierten politischen Partei“⁶⁴ angeschlossen hätten, ebenfalls begnadigt würden. Durch einen solchen „Austausch von Höflichkeiten“ verloren die Delegationen zunehmend die Fähigkeit zu Kompromissen.

Differenzen in der Herangehensweise der Alliierten manifestierten sich auch in den Debatten über die Zulassungsbestimmungen an den Hochschulen. Die Nichtzulassung von Mitgliedern der NSDAP und der angeschlossenen Organisationen wurde laut sowjetischen Protokollen zunächst von der französischen Delegation am 24. September 1945 vorgeschlagen. Sie bestand darauf, den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern das Studium und die Berufung an die Hochschulen zu verbieten.⁶⁵ Ehemalige Wehrmachtsoffiziere sollten aufgenommen werden bzw. bleiben dürfen, falls es keine politischen Gründe für

58 Die 5. Außenministerkonferenz vom 10. März bis 24. April 1947 in Moskau mit den nicht zu vereinbarenden Standpunkten zwischen den USA und Großbritannien auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen hat sich als völliger Fehlschlag erwiesen.

59 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948, BArch Z47F 1737-54-10, Bl. 121.

60 Gemeint sind die 1. Direktive Nr. 54 v. 25.6.47, die die Grundlange für die Schulgesetze bildete und zur Angleichung der Politik der Besatzungsmächte diente, was aber im Hinblick auf die zunehmenden Gegensätze im Kontrollrat nicht gelingen konnte; 2. die Direktive Nr. 56 vom 28.10.47 zu grundlegenden Richtlinien für Erwachsenenbildung in Deutschland. S. Johannes Jung (2011): Die zweigeteilte Geschichte der Grundschule 1945 bis 1990. Ausgewählte und kommentierte Quellentexte zur Entwicklung in Ost- und Westdeutschland; Heinemann (Hrsg.) (2000); Arnold Köttgen/Helmuth Dolf/Werner Küchenhoff (Hrsg.) (1962): Die Volkshochschule in Recht und Verwaltung.

61 Tjulpanow (1986). S. 56–57.

62 Besondere Meinungen der Delegationen im Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen in Bezug Abschn. 2. Entnazifizierung des 3. T. des Berichts des Kontrollkomitees an den Außenministerrat über die Verhaftung, Internierung und gerichtliche Belangung der Personen, die sich der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. 24.1.47. BArch Z47F R10134-1-15, Bl. 73.

63 Ebd., Bl. 75.

64 Ebd., Bl. 74.

65 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948, BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 72.

deren Exmatrikulation oder Nichtzulassung gab.⁶⁶ Einen Monat später schlugen die Franzosen nach sowjetischen Angaben erneut vor, sowohl Lehrkräfte als auch die Studenten, die NSDAP-Mitglieder gewesen waren, von den Universitäten zu entfernen, und zwar mit der Begründung, dass die NSDAP-Mitgliedschaft in der Hitlerzeit „fakultativ“ gewesen sei.⁶⁷ Diese Initiative wurde von der sowjetischen Delegation unterstützt, mit dem Unterschied, dass die nominellen Mitglieder ihre Stelle in Abhängigkeit von ihrer Qualifikation und Zusammenarbeit mit den Alliierten behalten dürften. In den amerikanischen Protokollen ist ein sowjetischer Vorschlag notiert worden, in dem es um die Nichtzulassung auch der Parteianwärter und führenden HJ-Mitglieder ging, sowie um die Zulassung von Parteimitgliedern, falls freie Studienplätze vorhanden seien. Diese ehemaligen Parteigenossen müssten aber durch eine spezielle Kommission, bestehend aus Antifaschisten, überprüft werden.⁶⁸ Es lägen so viele Bewerbungen von unbelasteten Abiturienten in der Sowjetzone vor, so erneut der sowjetische Delegierte, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder nicht infrage kommen würden. Diese Feststellung entsprach der Wirklichkeit vor allem in Bezug auf gefragte Fächer wie zum Beispiel Medizin; andere, weniger gefragte Fächer, wie zum Beispiel die an landwirtschaftlichen Fakultäten angebotenen, wurden in der SBZ zum Beginn 1946 zu „weniger als 50 Prozent besetzt“.⁶⁹

Die amerikanischen und britischen Delegierten hatten diesbezüglich zunächst eine andere Position, wonach die Zulassung in der Kompetenz der Entnazifizierungskommissionen und damit außerhalb des Kompetenzbereichs der Bildungskommission liegen müsse. Außerdem haben die Amerikaner den französischen Vorschlag als zu drastisch charakterisiert im Hinblick darauf, dass die amerikanische Denazifizierungspolitik die Weiterbeschäftigung von NSDAP-Mitgliedern erlaubte, die der Partei nach dem 1. Mai 1937 beigetreten waren.⁷⁰ Der Leiter der britischen Delegation, Donald C. Riddy, behauptete, wenn die Aufnahme der ehemaligen NSDAP-Mitglieder verboten sei, folge man dem Prinzip, dass die Deutschen unerziehbar wären. „Diese Position scheint mir sehr pessimistisch zu sein“,⁷¹ so Riddy. Laut SMAD-Unterlagen wurde die sowjetisch-französische Variante im Laufe der Debatten unter Berücksichtigung verschiedener Standpunkte korrigiert und der Entwurf am 20. Dezember 1945 an das Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichten geschickt. Die Endversion des Beschlusses wurde wie oben erwähnt am 23. Januar 1946 befürwortet. Hierbei ist die folgende Bemerkung in den amerikanischen Protokollen interessant:

„In view of the history of the subject paper, it is believed that to persuade the USSR and French authorities to accept an ideal draft would be very difficult and, since the present paper does permit the acceptance of nominal Nazis ..., it is felt that no strong attempt should be made by the Deputy Military Governor to secure acceptance of the ideal draft by the Coordinating Committee.“⁷²

Die Endversion sah die Nichtzulassung von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, Parteianwärtern und Führungsmitgliedern der NS-Jugendorganisationen vor und die Zulassung

66 Redraft of Original French Paper and Action up to 20 Dec 45. RG:260 OMGUS Box 301-3/5.

67 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948, BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 72.

68 Redraft of Original French Paper and Action up to 20 Dec 45. RG:260 OMGUS Box 301-3/5.

69 Filippovich, in: Heinemann (Hrsg.) (2000). S. 42.

70 Original French Paper and Action up to 6 Nov 45. RG:260 OMGUS Box 301-3/5.

71 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 84.

72 John W. Taylor: Non-Admittance of Former Nazis to Higher Institutions. Memorandum for Record. 21 Jan 46. RG:260 OMGUS Box 301-3/5.

von nominellen Mitgliedern mit einer Zehn-Prozent-Quote bei unbesetzten Studienplätzen und nach Prüfung in der speziellen Universitätskommission. Diesbezüglich bemerkte der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay, dass die jungen Menschen, die nominelle NSDAP- oder aktive Mitglieder ihrer Organisationen waren, immer noch die Chance bekommen müssen, sich zu rehabilitieren.⁷³ Intern kündigte er an, er habe nichts dagegen, diejenigen nominellen NSDAP-Mitglieder in der Zehn-Prozent-Quote nicht zu berücksichtigen, die unter die Jugendamnestie fallen, auch wenn es der Vier-Mächte-Entscheidung nicht komplett entspreche.⁷⁴ Diese Position wurde vom Leiter des „Education and Religious Affairs Branch“, R.T. Alexander, wie folgt kommentiert:

„I think we should think very seriously about whether we take advantage of this position of General Clay’s since it may involve us in unpleasant discussions with our Allies. Personally I’m inclined to try to solve the problem without employing this exemption.“⁷⁵

In Bezug auf die Immatrikulation ehemaliger Wehrmachtsoffiziere lagen die Positionen der Besatzungsmächte weiter voneinander entfernt. Für die SMAD galt diese Kategorie der Studenten als unerwünscht. Für das Zulassungsjahr 1945/46 galt in der SBZ die Regel, wonach aktive Offiziere der Wehrmacht, der Luftwaffe, der Marine und der Polizei zum Studium nicht zugelassen wurden. Das gleiche galt für Reserveoffiziere vom Range eines Oberleutnants aufwärts; die Zulassung konnte ausnahmsweise bei der nachweisbaren aktiven Betätigung gegen den Nationalsozialismus erfolgen. Die Zulassung von Offizieren wurde von der sowjetischen Delegation im Januar 1946 zur Debatte gestellt.⁷⁶ Anlass zur Erörterung dieser Frage waren nach sowjetischen Angaben die zur Verfügung stehenden Unterlagen, wonach Offiziere an den Hochschulen in den Westzonen unabhängig von der Rangstufe aufgenommen wurden. Die dort genannten Zahlen waren wie folgt: 23,8 Prozent ehemalige Offiziere an den Hochschulen der englischen Zone, 19,1 Prozent in der amerikanischen und 15,7 Prozent in der französischen Zone, während in der Sowjetzone keine Berufsoffiziere (mit Ausnahme von Offizieren im Wartestand nach der Zustimmung der SMAD) zur Aufnahme zugelassen wurden, so dass deren Anzahl nicht über einer Rate von 3 Prozent lag.⁷⁷ Die von der sowjetischen Delegation genannten Zahlen beruhten auf den Angaben der Westmächte vom August 1946.⁷⁸ Die offiziellen Zahlen in der SBZ kann man der SMAD-Statistik von 15. Oktober 1946 entnehmen, wonach von 14 483 Studenten der zehn Hochschulen der SBZ 380 Offiziere waren, was 2,6 Prozent entspricht.⁷⁹ Im Fall der einzelnen Universitäten, zum

73 DIAC/M(46)3. Non-Admittance of persons with former Nazi affiliations as students to institutions of higher learning. Ebd.

74 R.T. Alexander: Former Members of the NSDAP in Universities. Related CORC-Paper: CORC/P(46)18. Ebd.

75 Ebd.

76 So in den SMAD-Berichten. Jordan nennt die Verfügung zur „Beschränkung der Zulassung deutscher Offiziere zu einem Hochschulstudium“ v. 16.7.1946. S. Carlo Jordan (2001): Kaderschmiede Humboldt-Universität zu Berlin: Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989, S. 23.

77 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 85. Vgl. Brief an den Leiter der Militärabteilung der SMAD, Generalmajor Krasnojarski, 1946. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 7: „Die Verwaltung der Volksbildung der SMAD besitzt die Information, dass die Anzahl der ehemaligen Offiziere an den Hochschulen in den Westzonen 20 % und in Einzelfällen bis zu 36 % beträgt. Zum 1. Juli 1946 befanden sich unter 8 531 Studenten in der französischen Zone 1 267 ehem. Offiziere; in der englischen 5 510 ehem. Offiziere von 23 183 Studenten (23,8 %). Die Anzahl der ehemaligen Offiziere an der Universität Göttingen in der englischen Zone beträgt 28 %, an der Technischen Hochschule Aachen 33 %“.

78 Bericht über die Anzahl der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere im Studentenkörper der Hochschulen Deutschlands, bereitgestellt von Alliierten Delegationen im Bildungskomitee am 21.8.46. BArch Z47F R10134-1-14, Bl. 137.

79 Statistik des Studentenkörpers in der SBZ zum 15.10.46. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 45.

Beispiel der Universität Jena, sehen wir in der internen Kommunikation zwischen der Abteilung für Volksbildung der SMAD und der DVV etwas andere Zahlen: Im April 1946 waren von 1 341 Studenten in Jena 71 Offiziere, was mehr als 5 Prozent entspricht.⁸⁰

Die sowjetische Seite zeigte sich überzeugt, dass die qualitative Zusammensetzung der Studentenschaft in den Westzonen einen „Reaktionsherd“ darstellen würde. Im Fall der Offiziere ging es zum Beispiel um die Sorge, dass sie sich auch an der Universität wie in der Wehrmacht verhalten würden und den militärischen Gruß und die Anrede auch im Hörsaal beibehalten könnten.⁸¹ Der sowjetische Vorschlag bestand darin, Berufsoffiziere nicht zur Aufnahme zuzulassen; die Offiziere im Wartestand bis zum Oberleutnant sollten nur nach Sonderzustimmung der Besatzungsmacht zugelassen werden und ihre Anzahl die Quote von 5 Prozent der Studentenschaft nicht überschreiten.⁸² Gleichzeitig sollte der Vorschlag auch in Hinblick auf das Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 angepasst werden, wobei fünf Kategorien der Belastung von Hauptschuldigen bis Entlasteten eingeführt wurden. Die Diskussion zum Thema wurde leidenschaftlich, aber ergebnislos bis zum Frühjahr 1947 geführt. Laut sowjetischen Protokollen war die französische Delegation zu diesem Zeitpunkt mit der sowjetischen Idee der Begrenzung der Aufnahme von Berufsoffizieren und Offizieren im Wartestand einverstanden. Die Briten und Amerikaner hatten sich dagegen ausgesprochen. Die Amerikaner bestanden im Laufe der Debatten darauf, dass ehemalige Wehrmachtsoffiziere aufgenommen werden dürften, abgesehen von verurteilten Kriegsverbrechern, und sie unterbreiteten ferner einen Alternativvorschlag, wonach Offiziere mit einer Quote von 5 Prozent für jede Fakultät einer Hochschule zugelassen werden konnten.⁸³ Im Rahmen der amerikanischen *reorientation policy* wurde nicht die jeweilige Kontingentsperre wichtig, sondern die Zulassung für diejenigen, die „intellektuell in der Lage sind, ein solches Bildungsniveau zu erreichen“.⁸⁴

Die britische Delegation war laut den sowjetischen Protokollen mit einer Säuberung nach Kategorien nicht einverstanden. Der Leiter der britischen Delegation Donald C. Riddy erklärte, die ehemaligen Offiziere an den Hochschulen bildeten kein Problem. Außerdem widerspreche eine solche Sperre der Jugendamnestie in der britischen Zone; es wäre denkbar, die vor 1919 geborenen Offiziere nicht zuzulassen.⁸⁵ Die Franzosen, so die SMAD-Berichte, ließen generell nur jüngere Menschen zum Studium zu, sodass dieses Problem in ihrer Zone nicht bestehe. Allerdings betraf diese Sperre nur das erste Studienjahr, sodass „ehemalige Nazis und Offiziere durchaus immatrikuliert“⁸⁶ waren. Ferner sei die britische Delegation kompromissbereiter geworden, und eine sowjetisch-

80 Schreiben des Leiters der Abteilung für Volksbildung der SMAD, P. Solotuchin, an den Leiter der DVV P. Wandel v. 16.4.46 bzgl. der Prüfung der Universität Jena im Zeitraum v. 6.3. bis 5.4.46. BArch Z47F R7317-55-2, Bl. 83.

81 Sekretär der sowjetischen Delegation im Alliierten Kontrollrat, P. Nikitin, über die Politik der Alliierten im Bereich Bildungswesen. 2.6.47. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 108.

82 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 85.

83 Ebd., Bl. 85.

84 Jordan (2001), S. 24.

85 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 84.

86 Vgl. Jordan (2001), S. 24. Er verweist auf Pjotr I. Nikitin (1997): Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand: Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“. Hrsg. M. Heinemann, S. 170 f.

französisch-britische Entscheidung wurde Anfang Herbst 1946 dem Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen übermittelt, wonach empfohlen wurde, ehemalige Offiziere an den deutschen Hochschulen nicht aufzunehmen, mit Ausnahme von Einzelfällen und nach Sonderzustimmung der Besatzungsbehörden.⁸⁷

Der Vorschlag wurde im Militärdirektorat auf der 38. Sitzung am 17. September 1946 besprochen. Da die amerikanischen Delegierten, so wie die Sowjets, auch mit der korrigierten Fassung der Resolution nicht einverstanden waren, wurde im Direktorat entschieden, den neuen Beschluss unter Berücksichtigung der Positionen aller Delegierten für die nächste Sitzung vorzubereiten. Das Problem lag auch darin, dass die Delegationen im Laufe der Debatten eigene Initiativen – oft nach den Anweisungen ihrer jeweiligen Zentrale – änderten, sodass der Abstimmungsprozess praktisch immer wieder von vorn beginnen musste. Die Differenzen in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 bestanden aus sowjetischer Perspektive beispielsweise darin, dass es für die amerikanische und britische Delegation nicht akzeptabel sei, Offiziere nur deshalb nicht zuzulassen, weil sie Offiziere gewesen seien; Beschränkungen aus politischen oder anderen Gründen hingegen seien für sie denkbar.⁸⁸ Die französische Delegation schlug eine andere Herangehensweise vor: Die Zulassung ehemaliger Offiziere solle in Fächern wie Mathematik, Physik, Chemie, Ballistik und Politikwissenschaften begrenzt werden, sodass sie nach dem Abschluss des Studiums nicht gefährlich werden könnten.⁸⁹ Diese Variante lässt sich gut der französischen Strategie der „Entpreußung“⁹⁰ zuordnen und entsprach der französischen Deutschlandpolitik in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende, deren Ziel von den Amerikanern als „geschwächtes Deutschland“ bezeichnet wurde: „French foreign policy seeks, first of all, a weakend Germany“⁹¹. In den weiteren Sitzungen des Militärdirektorats im Oktober 1946 konnte keine gemeinsame Position ausgearbeitet werden, und die Resolution wurde an das Bildungskomitee zurückverwiesen.

Bei der erneut aufgeflammten Diskussion versuchte die sowjetische Delegation, ihre Position mithilfe von Statistiken zu bekräftigen: Sie behauptete, 25 Prozent der Studenten an deutschen Universitäten seien Offiziere. Die Anzahl der Offiziere an den Hochschulen hätte sich nach der Befreiung der Kriegsgefangenen noch erhöht, bestätigte der französische Delegierte und äußerte weitere Bedenken. So würden ehemalige Offiziere über Einfluss verfügen, und sie seien daran gewöhnt, andere zu befehligen. Nachdem sie im Studium ihre Kenntnisse im technischen Bereich erweitern könnten und anschließend höhere Positionen in der Gesellschaft einnehmen würden, könnten sie der Entmilitarisierungspolitik der Alliierten entgegenarbeiten.⁹² Der entgegengesetzte Standpunkt der britischen Delegation, unbescholtene Offiziere könnten zugelassen werden, blieb von der sowjetischen und französischen Argumentation unberührt und wurde von der amerikanischen Seite unterstützt. Im Laufe der langen Diskussionen im Februar und März 1947 weigerte sich die sowjetische Delegation mehrmals, diese Frage von der Ta-

87 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 85.

88 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 85 f.

89 Ebd., Bl. 85.

90 André François-Poncet/Thomas Gayda (1949): Von Versailles bis Potsdam. Frankreich und das deutsche Problem der Gegenwart; 1919–1945, S. 254.

91 The immediate Goals of German Policy, secret. 1947. RG:353 SWNCC, SANACC Box 49, Bl. 2.

92 P.W. Solotuchin: Der Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 86.

gesordnung zu nehmen und setzte stattdessen auf die Abschwächung von Formulierungen. Die im März ausgearbeitete und von der britischen und französischen Seite akzeptierte Version des sowjetischen Vorhabens sah vor, Offiziere nach der individuellen Überprüfung und Zulassung des Zonenkommandanten an den Hochschulen aufzunehmen. Eine Zustimmung konnte aber ohne Bewilligung der amerikanischen Seite nicht erfolgen, sodass das Bildungskomitee nur ein Memorandum mit der Darstellung aller Differenzen an das Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen schicken konnte.⁹³ So blieb die dreiseitige Empfehlung praktisch wirkungslos. An dem im Vergleich zur SBZ deutlich höheren Anteil ehemaliger Offiziere in den westlichen Besatzungszonen änderte sich 1947 nichts; deren Zulassung zum Studium fiel in die Kompetenz der Zonenoberbefehlshaber.

Unter dem Druck der Widersprüche: Hauptargument Einzelfälle

In den sowjetischen Quellen zeichnet sich ab, dass die Hauptdiskussion im Bildungskomitee meistens zwischen der sowjetischen und der amerikanischen Delegation stattfand. In ihren Vorwürfen an die Westalliierten ging die sowjetische Delegation häufig auf Einzelfälle ein und leitete aus ihnen Argumente für grundsätzliche Regelungen ab. In den ausgewählten Beispielen beriefen sich die sowjetischen Vertreter auf Informationen über die „große Verbreitung der ehemaligen Nationalsozialisten im Lehrkörper der amerikanischen Zone“⁹⁴, obwohl in den genannten Fällen oft nicht einmal eine formale Belastung vorlag. So erklärte die sowjetische Delegation auf der 13. Sitzung des Bildungskomitees am 23. Juli 1946, ihr seien die Fakten über die *Vorherrschaft* der belasteten Professoren in den westlichen Zonen bekannt:

„Dekan der juristischen Fakultät Müller-Erzbach⁹⁵ hat die Berufung eines Mitglieds der Freiheitsaktion Bayern aus dem Grunde zurückgewiesen, dass dieser Hochschullehrer „mit den Feinden zusammengearbeitet hat“, gemeint ist also die Zusammenarbeit mit Alliierten gegen Hitler. Diesem Beschluss wurde von dem Lehrkörper der Fakultät zugestimmt“.⁹⁶

Die sowjetische Delegation charakterisierte diesen Fall als „böswilligen Verstoß gegen die Direktive des Kontrollrats Nr. 24 § 10“⁹⁷. Weiterhin wurde den Amerikanern vorge-

93 Ebd., Bl. 87–88.

94 Ebd., Bl. 90.

95 Rudolf Müller-Erzbach (1874–1959) war Jurist und Professor für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Rechtsgrundlagenforschung. 1911 erhielt er in Königsberg eine außerordentliche Professur und 1918 einen Lehrstuhl an der Universität Göttingen. 1925 wurde er an der Universität München Inhaber des Lehrstuhls für Deutsche Rechtsgeschichte; 1933 gehörte zu den Gründungsmitgliedern der nationalsozialistischen Akademie für Deutsches Recht Hans Franks. 1939 wurde er mit 65 Jahren emeritiert, kehrte aber von Dezember 1945 bis Oktober 1946 als Dekan der Juristischen Fakultät an die Universität zurück.

96 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volkbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 90.

97 I.A. Artjuchin: Über die Nichterfüllung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, der Gesetze und Direktiven des Kontrollrats und der Beschlüsse der Moskauer Konferenz der Außenminister auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland, an den Politischen Berater des Obersten Chefs der SMAD Semjonow, geheim, 11.10.47. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 208 f. Gemeint ist der § 10 „Zwangsweise Entfernung- und Ausschluss-Kategorien“ der Direktive Nr. 24 bzgl. der Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen den Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen v. 12.1.46.

worfen, die Fakultät der Geowissenschaften an der gleichen Universität werde von Professor Machatschek⁹⁸ geleitet, der 1939 an der Universität Jena „von den Nationalsozialisten für besondere Leistungen [...] zum Ehrensenator“⁹⁹ ernannt worden sei. Der Leiter der forstwissenschaftlichen Fakultät, Professor Dieterich,¹⁰⁰ sei zwischen 1933 und 1945 Berater der Regierung Hitlers und von Göring persönlich gewesen. Der Leiter der wirtschaftlichen Fakultät, Professor Weber,¹⁰¹ wiederum habe in seinen politischen Ansichten und wissenschaftlichen Arbeiten Hitler und Mussolini gewürdigt¹⁰². Im Anschluss wurde der Leiter der amerikanischen Delegation und des Religious Affairs Branch John W. Taylor gebeten, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die „dem Beschluss des Kontrollrats über die Entnazifizierung der deutschen Hochschulen und der Direktive Nr. 32¹⁰³ entsprechen, sowie über die Resultate auf der nächsten Sitzung des Bildungskomitees zu berichten“.¹⁰⁴

Die sowjetischen Sprecher waren nicht nur „um die Situation an der Universität München“ besorgt, sondern drückten ihre Befürchtung aus, ein solcher Zustand sei „für die anderen Universitäten der Westzonen typisch“.¹⁰⁵ Anfang 1947 berichtete die SMAD-Abteilung für Volksbildung, dass von 1 825 Professoren und Dozenten an fünfzehn Hochschulen der Britischen Zone 40 Prozent Nationalsozialisten seien.¹⁰⁶ Das Bayerische Bildungsministerium habe mithilfe der US-Militärregierung viele ehemalige Dozenten zurückberufen, die politisch schwer belastet seien. Besonders hervorzuheben sei die Universität Erlangen, an der weiterhin Professoren tätig seien, die „in der Hitlerzeit Leitungsstellen besaßen und Vorrechte genossen haben“¹⁰⁷. Diese Schuldzuweisungen

98 Fritz Machatschek (1876–1957) war Geograph und Hochschullehrer. 1915 wurde er ordentlicher Professor für Geographie an der Karls-Universität Prag, 1924 an der ETH Zürich, 1928 an der Universität Wien und 1935–1946 in München. 1936 bis 1951 leitete er das Südost-Institut in München.

99 P.W. Solutuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 90.

100 Victor Dieterich (1879–1971) war Forstwissenschaftler und Hochschullehrer. 1921 wurde er Leiter der Württembergischen Forstlichen Versuchsanstalt in Tübingen, 1925 wechselte in die Württembergische Forstdirektion nach Stuttgart. Nach dem Lehrauftrag an der Universität Tübingen 1918–1920 wurde ihm 1921 die ordentliche Professur der Forstwissenschaften an der Universität Freiburg übertragen. 1930 übernahm er die gleiche Professur an Universität München bis 1947.

101 Adolf Weber (1876–1963) war Nationalökonom, unterrichtete ab 1903 an der Universität Bonn und an der landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, 1908 erhielt eine Professur an der Handelshochschule Köln, 1912 wurde ihm zusätzlich die Leitung der neu gegründeten Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung in Köln übertragen. Von 1914 bis 1919 lehrte er als ordentlicher Professor an der Universität Breslau und ab 1919 an der Universität Frankfurt am Main. 1921 wechselte er auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität München, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1948 innehatte.

102 P.W. Solutuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 91.

103 Gemeint ist die Direktive Nr. 32 v. 26. Juni 1946 bzgl. der Disziplinarmaßnahmen gegen leitendes und Verwaltungspersonal von Lehranstalten, den Lehrkörper und die Studenten, die sich militärischer, nationalsozialistischer oder antidemokratischer Propaganda schuldig machen.

104 P.W. Solutuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 90.

105 Ebd., Bl. 90 f.

106 P.I. Nikitin, Sekretär der sowjetischen Delegation im Alliierten Kontrollrat. Über die Politik der Alliierten in Bereich Bildungswesen. 2.6.47. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 110.

107 P.W. Solutuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 110.

wurden von den Amerikanern nachgeprüft. Dem SMAD-Bericht¹⁰⁸ ist ihre Antwort auf der 14. Sitzung des Bildungskomitees am 21. August 1946 zu entnehmen:

„Der Bericht des sowjetischen Vertreters war vollkommen richtig. Die Mehrheit der amerikanischen Hochschuloffiziere wurde nach Bayern zu der Bereinigung der Lage geschickt. Professor Müller-Erbach wurde zum 1. August 1946 abberufen, und es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn zur Klärung weiterer Maßnahmen eingeleitet. Die Professoren Weber, Dieterich, Machatschek wurden auch entlassen und ihnen wurde das Recht entzogen, öffentliche Vorlesungen zu halten.“¹⁰⁹

Es wäre falsch zu behaupten, dass die SMAD über die Zustände in der amerikanischen Zone besser informiert war als die Amerikaner selbst. Manche OMGUS-Überprüfungsakten bezüglich der oben genannten Personen stammen aus der Zeit vor den sowjetischen Vorwürfen. Prof. Müller-Erbach wurde im Bericht vom Mai 1946 als „well-known exponent of German nationalism and conservatism“¹¹⁰ bezeichnet. Hier handelt es sich unter anderem darum, wie die Militärregierung bei der Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs mit Menschen umzugehen habe, die hochqualifiziert bzw. nur schwer ersetzbar sind, auch wenn ihre geistige Einstellung problematisch ist. Auch der Bericht von Karl Loewenstein¹¹¹ vom 23. April 1946 über die juristische Fakultät der Universität München bestätigt, dass die Sowjetseite ihre erneute Prüfung nicht dem eigenen Verdienst zurechnen konnte. Nur zwei Beschäftigte der Fakultät gehörten nicht der NSDAP an, berichtete Loewenstein, und der Dekan Müller-Erbach setze auf eine Personalpolitik, die dadurch gekennzeichnet sei, einfach zu warten, bis die belasteten Angehörigen der Fakultät von Spruchkammern freigesprochen werden.¹¹² Es lässt sich aber vermuten, dass die sowjetischen Beschwerden im Kontrollrat im Sommer 1946 die Überprüfung beschleunigt haben. Die Amerikaner selbst waren bereits seit längerer Zeit mit den Ergebnissen der Entnazifizierung und der Arbeit der Entnazifizierungskommissionen unzufrieden¹¹³ und hatten Korrekturmaßnahmen eingeleitet. So finden wir im Bericht des Leiters der Political Affairs Section von OMGB¹¹⁴ Peter G. Harnden den Verweis auf die Anforderung der Education and Religious Affairs Branch vom 26. August 1946. Konkret ging es darum, eine vorrangige Recherche über neun Professoren der Universität München einzuleiten, darunter über Rudolf Müller-Erbach, Victor Dieterich und Fritz Machatschek.¹¹⁵

Den oben genannten Fall der Nichtberufung eines Mitglieds der Freiheitsaktion Bayern erklärt der OMGUS-Bericht vom Juli 1946. Dekan Müller-Erbach lehnte die Vergabe eines juristischen Lehrauftrages an Dr. Penzel in der Sitzung des Planungsausschusses

108 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der deutschen Volksbildung in der SBZ zum 1.10.46. T. 8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volkbildung in Deutschland. BArch Z47F R7317-54-7, Bl. 90 f.

109 Ebd., Bl. 90 f.

110 Information Control Division, Intelligence Branch, Political Affairs Section, APO 170 US Army. Report about University of Munich to Chief of Section. 6 May 1946. OMGB E&RA Box 50 1/10, Bl. 3.

111 Karl Loewenstein (1891–1973) war deutscher Politologe, Staats- und Verfassungsrechtler, einer der profiliertesten Vertreter Öffentlichen Rechts; in den 30er Jahren war er Privatdozent an der Universität München, wurde 1933 aus dem Staatsdienst entfernt und flüchtete in die USA. Er arbeitete als Hochschullehrer in den USA und kehrte nach dem Kriegsende als US-amerikanischer juristischer Berater im Alliierten Kontrollrat und in der Legal Division von OMGUS nach Deutschland zurück.

112 Karl Loewenstein: Report on the Law School of Munich University and related matters. 23 April 1946. RG:260 OMGUS E&RA Box 49-2/10, Bl. 1–2.

113 Gimbel (1990): Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in postwar Germany, S. 107 f.

114 Office of Military Government for Bavaria.

115 Information Control Division, Intelligence Branch, Political Affairs Section, APO 170 US Army. Investigation of University of Munich Faculty, 30 September 1946. OMGB Box 50 1/10, Bl. 1.

am 25. November 1945 „wegen seines Zusammengehens mit dem Feinde“¹¹⁶ ab. Gemeint war seine Mitgliedschaft in der Freiheitsbewegung in Freising. Für Müller-Erzbach könnte es sich lohnen, die Stelle in der Hoffnung auf Rückkehr der bereits entlassenen Lehrkräfte frei zu halten, besonders im Sinne der sogenannten „Renazifizierung“¹¹⁷ als Rückkehr der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in verantwortliche Stellungen. Gleichzeitig wurde berichtet, dass Müller-Erzbach selbst zwar nicht Mitglied der NSDAP gewesen, aber von seiner politischen Haltung her Militarist sei. Mit dieser Angabe hat OMGUS eine Frage aufgeworfen, die noch heute diskutiert wird – wie soll NS-Belastung eigentlich definiert werden? Und im Fall der amerikanischen *reorientation policy* geht es um die Frage, ob Personen an einflussreichen Stellen, die formal nicht belastet, aber von der Ideologie her nationalistisch eingestellt sind, für die Neuorientierung der Gesellschaft möglicherweise schädlicher sind als ehemalige nominelle Parteimitglieder? Die OMGUS bezeichnete solche einflussreichen und zur gesellschaftlichen Elite gehörenden Personen als „nazi-minded“¹¹⁸. Zu dieser Kategorie zählte der oben genannte Professor Machatschek, der „like many other intellectual pioneers of Nationalsocialism“ nie selbst NSDAP-Mitglied war, aber seine Position an der Universität Wien 1934 wegen seiner nationalsozialistischen Einstellung und Propaganda unter Studenten verloren hatte.¹¹⁹ Auch der ebenfalls bereits erwähnte Professor Dieterich war nie offizielles Mitglied der NSDAP, gehörte jedoch dem NS-Rechtswahrerbund und dem NS-Reichskriegerbund an. Zugleich war er zwischen 1933 und 1945 der bedeutendste forstwissenschaftliche Berater und Vertrauensmann der NS-Regierung¹²⁰ mit vielen Auslandsaufenthalten im Auftrag des Reichs. Diese Fakten führten nach der Prüfung im Sommer 1946 zu seiner Entlassung.

Der sowjetische Verweis auf den Fall von Professor Weber erscheint im Hinblick auf die Schuldzuweisung bezüglich einer Nazi-Vorherrschaft in der amerikanischen Zone etwas fraglicher. Seine Schuld bestand in der Unterstützung NS-geprägter wirtschaftlicher Theorien in seinen wissenschaftlichen Arbeiten, die während des „Dritten Reichs“ veröffentlicht worden waren, und in der Verbreitung von „antiamerikanischen Vorurteilen“ bezüglich einzelner Wirtschaftsfragen in seinen Vorlesungen im Jahr 1946.¹²¹ Vermutlich waren die Vertreter des sowjetischen Systems von der amerikanischen Wirtschaftstheorie noch weniger begeistert als Professor Weber selbst. Allerdings wurde sein Name zusammen mit Personen wie Rudolf Müller-Erzbach und Fritz Machatschek genannt, die nach Meinung der amerikanischen Militärregierung nie die formale

116 Nationalsozialistische, militaristische und antisemitische Tendenzen an der Universität München. Juli 1946. RG:260 OMGUS E&RA Box 49-2/10, Bl. 1–2.

117 Vgl. Lutz Niethammer (1982): Die Mitläuferfabrik: Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, S. 16–17.

118 Universities in Bavaria. The Faculty of Munich University during the past year. RG: 260 OMGUS Box 161 File 19. 1946, Bl. 33–34: „The term is used to designate those who believed in a Greater German Reich; in the superiority of Germans over Frenchmen, Americans, Slavs and other lesser breeds; in anti-semitism; in war as bringing out man’s best abilities...“ Vgl. „The Dean of the Faculty of Science, Klaus Clusius, who in 1944 was still known to be Nazyminded, although not a member of the party, is still on the faculty“. In: Information Control Division, Intelligence Branch, Political Affairs Section, APO 170 US Army. Report about University of Munich to Chief of Section. 6 May 1946. OMGB E&RA Box 50 1/10, Bl. 10.

119 Nationalsozialistische, militaristische und antisemitische Tendenzen an der Universität München. Juli 1946. RG:260 OMGUS E&RA Box 49-2/10, Bl. 2; Report on Investigation on Screening of Personnel of University of Munich and Ministry of Education. OMGB Box 110-1/10 APO 170, Bl. 1.

120 Nationalsozialistische, militaristische und antisemitische Tendenzen an der Universität München. Juli 1946. RG:260 OMGUS E&RA Box 49-2/10, Bl. 3.

121 Universities in Bavaria. The Faculty of Munich University during the past year. 1946. RG: 260 OMGUS Box 161 File 19, Bl. 26–27.

NSDAP-Mitgliedschaft angestrebt hatten, weil diese Partei einfach eine „to plebeian organization for their liking“¹²² war.

Das Ergebnis der Prüfung der Universität München im November 1946 war für OMGUS unerfreulich und für die Sowjetseite in Bezug auf die Bekräftigung ihrer Position zufriedenstellend:

„[...] An amazing number of former nazis are working and teaching there without the approval of Military Government or the Ministry of Political Liberation [...] In many cases ‚dismissed‘ persons are still working in their job [...]“.¹²³

Mit Schreiben der OMGB von 12. November 1946 wurden 33 Professoren und 46 weitere Angehörigen des Lehrkörpers der Universität München aus ihrem Dienst entlassen. Darunter befanden sich Fritz Machatschek, Rudolf Müller-Erbach und Adolf Weber; die Säuberung betraf 14 Prozent von 230 Lehrkräften der Universität¹²⁴.

Die Bekanntgabe dieser Ergebnisse im Bildungskomitee hat die Schärfe der dortigen Diskussion nicht gemindert. Im Herbst 1946 geriet die Universität Erlangen ins Visier, die nicht nur in den sowjetischen Unterlagen, sondern auch in der Presse der amerikanischen Besatzungszone als ein „Zentrum des Nazismus“¹²⁵ galt. Selbst in den OMGUS-Berichten schrieb man, die Universität Erlangen habe den Ruf „of being the most nationalistic institution of higher learning in Bavaria“.¹²⁶ Die Aufmerksamkeit der Sowjetseite erhielt der Fall von Professor Ranke,¹²⁷ der als Ordonanz der Universität Erlangen berufen wurde. Laut sowjetischer Delegation wurde gegen Ranke „als Kriegsverbrecher und wegen Verbrechens gegen die Menschheit“¹²⁸ ermittelt. Konkret handelte es sich nach den Angaben der SMAD um seine Unterkühlungsversuche an KZ-Häftlingen während der Zeit, in der er als Institutsdirektor in Berlin amtierte. Weiterhin berief die sowjetische Seite sich auf den bekannten Artikel der *Neuen Zeitung*, herausgegeben von OMGUS Information Control Division, vom 3. Februar 1947 mit dem Titel „76 Entlassungen an der Erlanger Universität“. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, so der sowjetische Delegierte, sollten 76 Professoren und Dozenten entlassen werden, es sei aber die Mehrheit davon zurückberufen worden“.¹²⁹ Der sowjetische Vorwurf über die Wiederberufung der an anderen Universitäten aus politischen Gründen Entlassenen

122 Ebd., Bl. 32.

123 Ebd., Bl. 42.

124 Hans Meinholt: Schreiben v. 26.11.46 an die Militärregierung München. Entlassung von 33 Angehörigen des Lehrkörpers der Univ. München. RG:260 OMGUS E&RA Box 49-2/10, Bl. 1; Education and Religious Affairs Branch. Stat. and anal. Report. Education. 19 Dec 1946. Ebd., Bl. 123.

125 P.W. Solutuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 110.

126 Monthly Report, File 314.7. E&RA Branch to H.I.P.I. Officer, 12 Febr 1947. RG:260 OMGUS Box 49-1/10, Bl. 15.

127 Otto Friedrich Ranke (1899–1959) war deutscher Psychologe und Hochschullehrer; gehörte der Organisation Stahlhelm an und war nach der Überführung des Stahlhelms in die SA auch Mitglied der SA; er war Mitglied im NS-Lehrerbund; 1936 wurde er zum außerplanmäßigen Professor der Universität Berlin ernannt, leitete von 1937 bis 1945 das Institut Allgemeine und Wehrpsychologie an der Militärärztlichen Akademie. Dort forschte er zur Luftfahrtmedizin, Wärmeregulation und Ernährungsphysiologie. Als Oberarzt nahm er an der Tagung über Ärztliche Fragen bei Seenot und Wintertod im August 1942 in Nürnberg teil, wo er u.a. über die Unterkühlungsversuche im KZ Dachau referiert hatte. Ranke leitete ab Anfang Mai 1946 an der Universität Erlangen das Physiologische Institut, wurde aber nach drei Monaten durch die amerikanische Militärregierung entlassen. Von Mitte September 1947 bis zu seinem Tod war Ranke Professor für Physiologie an der Universität Erlangen und zugleich Direktor des dortigen Physiologischen Instituts.

128 P.W. Solutuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 110.

129 Ebd., Bl. 110.

wurde bereits in der *Neuen Zeitung* mit der Amtstätigkeit des ehemaligen Rektors Theodor Süß erklärt, der im Herbst 1946 entlassen worden war. Laut dem Artikel zählten zu den 76 Entlassenen nicht nur Hochschullehrer, sondern auch wissenschaftliche und administrative Hilfskräfte. Die Universität Erlangen habe die Möglichkeit, ihren Lehrkörper „allmählich zu entnazifizieren und so eine Gefährdung des Unterrichts zu vermeiden“,¹³⁰ nicht wahrgenommen, so die *Neue Zeitung* weiter. Von 76 Entlassenen waren 30 Lehrkräfte, darunter befand sich am 16. November 1946 der entlassene Professor Paul Althaus.¹³¹ Er war bereits im April 1946 im Bericht von Loewenstein als eine einflussreiche Person beschrieben worden, die sich bemühe, Erlangen zu einer „Hochburg der antidemokratischen Reaktion“¹³² auszubauen. Als Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses habe Althaus „die Wiedereinstellung von antidemokratischen Professoren“¹³³ befürwortet; dies wurde im OMGUS-Schreiben vom 28. August 1947 als Weißwaschen der Belasteten und Verheimlichung der Information über ihre tatsächliche Rolle in verschiedenen NS-Organisationen beurteilt.¹³⁴

Die Entlassungen im Lehrkörper in München und Erlangen wurden von einer Überprüfung der Studentenschaft begleitet, deren Zusammensetzung einen weiteren Bezugspunkt für die sowjetische Kritik und die Debatten zur Zulassung an den Hochschulen bildete. Die Problematik bei der Entnazifizierung der Studentenschaft bestand darin, dass es – im Unterschied zum Lehrkräftemangel – mehr Bewerber als Studienplätze gab. Der Vergleich der Angaben von Studenten in der US-Zone mit den Informationen des Berlin Document Center ergab, dass „überraschend viele Studierende im Melde- oder Fragebogen falsche Angaben gemacht haben“.¹³⁵ Diejenigen, die gelogen hatten, sollten exmatrikuliert werden.¹³⁶ Was den Lehrkörper betraf, ging es oft um die Umgehung der bereits erteilten Beschäftigungsverbote. In diesem Kontext hat sich die Sowjetseite weiter berechtigt gefühlt, über die mangelnde Entnazifizierung in den Westzonen zu sprechen. Ob die Hochschulen der SBZ in der Tat und nicht nur, wie behauptet, vollständig entnazifiziert wurden, wird im Folgenden erörtert. Dabei wird auch im Blick behalten, dass sich die sowjetische Seite in ihrer Kritik an der Entnazifizierung in den Westzonen sehr häufig auf Einzelfälle stützte.

Die Gegenpartei: Der Umgang mit den belasteten Wissenschaftlern in der SBZ

Laut der Abteilung für Volksbildung der SMAD wurden die ehemaligen aktiven Nationalsozialisten aus dem Lehrkörper der SBZ zum Januar 1947 „vollständig“¹³⁷ entfernt. Wie oben erwähnt, führte die SMAD-Statistik im 1. Quartal 1946 28, im Januar 1947 31, im Januar 1948 56 und Anfang 1949 74 Hochschullehrer, die als nominelle NSDAP-

130 „76 Entlassungen an der Erlanger Universität. Säuberung auf Anordnung der Militärregierung – Eine Unterredung mit Rektor Brenner“. Die Neue Zeitung. Nr. 10. Jg. 3.V. 3.2.47, Bl. 5.

131 August Wilhelm Hermann Paul Althaus (1888–1966) war ein evangelischer Theologe, umstritten wegen seiner zunächst positiven Einstellung zum Nationalsozialismus, antisemitischen Äußerungen und seines Eintretens für die Einführung eines *Arierparagraphen* in der Kirche. 1945 war er Leiter der Entnazifizierungskommission an der Universität Erlangen. Nachdem seine positive Haltung zum Nationalsozialismus bekannt geworden war, wurde er seines Dienstes zum 31.1.47 von OMGUS enthoben. Die Lehrerlaubnis erhielt er erneut 1947.

132 Karl Loewenstein: Report on the Law School of Munich University and related matters. 23 April 1946. RG:260 OMGUS E&RA Box 49-2/10, Bl. 7.

133 Ebd.

134 Report about Prof. Dr. Paul Althaus. 28 Aug 1947. RG: 260 OMGUS E&RA Box 49-3/10.

135 Alois Fundhammer: Nachprüfungen der politischen Verhältnisse bei den Studierenden der Universität München. 23. Oktober 1947. RG:260 OMGUS E&RA 20-3/8 Box 24, Bl. 1–4.

136 Ebd.

137 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 107.

Mitglieder und zugleich als bedeutende Wissenschaftler galten. Was die Gesamtanzahl angeht, seien in der SBZ zum Januar 1947, kurz nachdem die Amerikaner über die Ergebnisse der Nachprüfung der Uni München im Bildungskomitee berichtet hatten, offiziell 371 Professoren und 240 Dozenten entlassen worden. Die oben genannten 31 nominalen Nationalsozialisten im Jahr 1947 entsprechen offiziell 3,7 Prozent von 837 damals in der SBZ tätigen Lehrkräften.¹³⁸ Wenn man aber in der Statistik nicht nur die Mitglieder der NSDAP, sondern auch die der angeschlossenen Organisationen berücksichtigt, verschiebt sich das Bild etwas. So hat die SMAD zum 1. Mai 1948 von 292 ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und angeschlossener Organisationen neben 1 303 Professoren, Dozenten und Hochschullehrern an den sechs größten Universitäten und drei Hochschulen der SBZ berichtet, was einem Anteil von mehr als 22 Prozent entspricht.¹³⁹ Noch bemerkenswerter wird diese Zahl, wenn man sie mit der im gleichen Bericht angegebenen Anzahl der Mitglieder der NSDAP und der angeschlossenen Organisationen unter den Studenten vergleicht: Sie betrug 348 Personen von ca. 21 000 Studenten der SBZ (nur 1,66 Prozent).¹⁴⁰

Diese Statistik führt uns erneut zu der These, dass ein eklatanter Personalmangel im Lehrkörper die Entnazifizierungspolitik der SMAD geprägt und die Besatzungsorgane kompromissbereiter gemacht hat, als es eigentlich ihrer politischen Zielsetzung entsprach.¹⁴¹ Noch Mitte 1949 blieben 341 Professoren- und Dozentenstellen in der SBZ vakant; fast die Hälfte der ordentlichen Professoren an vielen Hochschulen (zum Beispiel 23 von 39 in Leipzig) war älter als 60 Jahre.¹⁴² Beim Gespräch mit Solotuchin am 19. Januar 1948 hat Wilhelm Pieck notiert, die Mehrheit der Professoren sei reaktionär, aber es gäbe die anderen nicht, daher seien die vorhandenen „geschickt aus(zu)nutzen“.¹⁴³ „Fachleute nicht nach den Westen treiben, sondern sie halten, neutralisieren, gewinnen“¹⁴⁴, so Pieck. In dieser Hinsicht ist es kein Wunder, dass in der SBZ Fälle zu finden sind, die nicht weniger nennenswert sind, als jene, die die sowjetische Delegation den Amerikanern vorgeworfen hat.

Ein Beispiel ist Carl-Franz Brenthel,¹⁴⁵ der von 1930 bis 1946 Professor und zwischen 1939 und 1944 Rektor der Bergakademie Freiberg und seit 1937 NSDAP-Mitglied gewesen ist. In den meisten Quellen ist er als Franz Brenthel geführt; in der NSDAP-

138 I.A. Artjuchin: Schreiben an den Leiter der Abteilung für Inneres der SMAD, Generalmajor Malokow über die Entnazifizierungsmaßnahmen im Bereich Volksbildung. 9. 1.47. BArch Z47F R7317-54-8, Bl. 9.

139 A.G. Russkich, Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD für politische Angelegenheiten. Bericht an den Leiter der Politischen Hauptverwaltung im Ministerium der Streitkräfte Generaloberst Nikitin über die Lage in den Hochschulen in der SBZ v. 29.7.48. BArch Z47F R7317-3-1, Bl. 45.

140 Ebd., Bl. 44.

141 „Schon seit dem Moment, als die Hochschulen der SBZ ihre Tätigkeit wiederaufgenommen haben, ist die Notwendigkeit von der Anwerbung der neuen, progressiven Fachkräfte klargeworden, denn die vorhandenen Kader nicht in der Lage waren, die Aufgaben zu erfüllen, die den Hochschulen gestellt wurden“, in: Sammelband über die Geschichte der Abteilung für Volksbildung der SMAD. Über die Vorbereitungsarbeit und Wiederaufnahme der Tätigkeit der Hochschulen in der SBZ. Maßnahmen zur Stärkung des Lehrkörpers. BArch Z47F R7317-54-1, Bl. 140.

142 Nikitin, S. 7. In: Heinemann (Hrsg.) (2000).

143 Klarschrift der handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck. Besprechung mit Solotuchin am 19.1.48. BArch NY4036-735 (Nachlass Pieck), Bl. 16.

144 Ebd., Bl. 17.

145 Carl-Franz Brenthel (1891–1957) war Ingenieur für Hüttenkunde und Hochschullehrer an der Bergakademie Freiberg; von 1930 bis zur Entlassung 1946 durch die sowjetische Besatzung tätig dort als Professor Hüttenkunde, Elektrometallurgie und Probierekunde; 1940–45 Dekan der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen und 1939–44 Rektor. Im November 1933 unterzeichnete er das Bekenntnis der deutschen Professoren zu Adolf Hitler; 1947–52 arbeitete er als technischer Berater der Bleihütte Trepča in Südserbien. Ab 1952 hatte er einen Lehrauftrag als Gastprofessor an der RWTH Aachen inne.

Mitgliederkartei ist er jedoch als Carl Brenthel erfasst. Die Frage, ob Brenthel gezielt versucht hat, unter Verwendung seines zweiten Vornamens einer Überprüfung zu entgehen, bleibt offen. Er wurde erst von der SMAD unterstützt, obwohl seine NSDAP-Mitgliedschaft bekannt geworden war. Ein entsprechender Hinweis ist in der Erklärung des Politikers Ferdinand Friedensburg¹⁴⁶ zu den Presseangriffen gegen seine Person bzw. zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen der „Duldung faschistischer Umtriebe“ zu finden. Friedensburg, Mitbegründer der CDU in Berlin, war 1945 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in der SBZ. Er schreibt unter anderem über den Winter 1945/46, als er zunächst damit beauftragt war, die Dienstentlassung ehemaliger Nationalsozialisten im Lehrkörper in Dresden durchzuführen. Die Entlassungen hätten schon „am nächsten Tage auf Befehl der SMA Dresden rückgängig gemacht werden müssen“, weil die betroffenen Hochschullehrer „den russischen Dienststellen für die Durchführung der von diesen erteilten Forschungsaufträge unentbehrlich“¹⁴⁷ waren. Im Februar 1946 leitete Friedensburg als erste Amtshandlung die Überprüfung des gesamten Lehrkörpers an der Bergakademie Freiberg ein. In diese Aktion schaltete sich der Oberste Chef der Verwaltung für Brennstoffindustrie der SMA General Kurmaschew ein, sodass die Überprüfung des Personals gemeinsam vorgenommen werden musste. Laut Friedensburg gelang es ihm in einer Reihe von Fällen, die Dienstentlassung des besonders belasteten Lehrpersonals auf den Weg zu bringen. Bezüglich des von Friedensburg „als besonders unerwünscht angesehenen Prof. Brenthel“ entschied General Kurmaschew aber, dass Brenthel „für die Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs unentbehrlich und daher beizubehalten“¹⁴⁸ sei. Kurmaschew „übernahm daher nicht nur die volle Verantwortung für den nunmehrigen Bestand des Lehrkörpers“, so Friedensburg, sondern entschied gegen seinen „ausdrücklichen Rat“.¹⁴⁹ Die Entlassung von Brenthel nahm die SMAD erst einige Monate später vor; er verließ danach Freiberg und nahm 1947 eine Arbeit als technischer Berater einer Bleihütte in Südserbien auf.

Inwieweit gelang es der sowjetischen Besatzungsmacht, die selbst gemachten Angaben von Hochschullehrern nachzuprüfen? Hierzu lohnt es sich, Hans Richard Max Ertel¹⁵⁰ in den Blick zu nehmen. Bereits in der Zeit des Nationalsozialismus war er in Berlin und Wien Professor und anschließend Direktor des Instituts für Meteorologie und Geophysik der Universität Innsbruck. 1946 wurde er Professor für Geophysik an der Berliner Universität und war dort ebenfalls Institutsdirektor. Zu späteren Höhepunkten seiner wissenschaftlichen Laufbahn gehörten die Mitgliedschaft in der DAW (deren Vizepräsident er von 1951 bis 1961 war), die Gründung neuer Akademie-Institute und die Mitgliedschaft in der Leopoldina. Dass er seit dem 1. Oktober 1940 NSDAP-Mitglied war, hat seiner Karriere nicht geschadet. Die Mitgliedschaft allein, so zeigt auch dieses Beispiel, spielte keine so große Rolle. In diesem Zusammenhang muss jedoch auch darauf

146 Friedrich Wilhelm Ferdinand Friedensburg (1886–1972) war Politiker, Mitgründer der CDU in Berlin, 1946–51 stellvertretender Oberbürgermeister Groß-Berlins bzw. dann West-Berlins; 1945–68 Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin; wurde am 1. August 1945 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in der SBZ. Aufgrund von Auseinandersetzungen mit seinen beiden kommunistischen Vizepräsidenten Gustav Sobottka und Albert Bergholz, denen er fachliche Inkompetenz vorwarf, wurde er ein Jahr später unter dem Vorwurf der „Duldung faschistischer Umtriebe“ wieder entlassen.

147 Äußerungen des Dr. F. Friedensburg zu den Presseangriffen gegen seine Person. BArch NY4036-722 (Nachlass Pieck), Bl. 93–94.

148 Ebd., Bl. 93.

149 Ebd., Bl. 93.

150 Hans Richard Max Ertel (1904–1971) war führender Geophysiker, 1941 a.o. Professor an der Universität Berlin; 1942/43 Hauptobservator u. Prof. an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien; 1943–45 o. Prof. und Institutsdirektor an der Universität Innsbruck, 1946 Institutsdirektor an der HU Berlin; 1948–69 Institutsdirektor in der DAW und ihr Vizepräsident 1951–61.

hingewiesen werden, dass die Behandlung der eigentlichen geistigen Einstellung und Motive den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde. Interessant ist aber, dass in der russischen Übersetzung seiner Kaderakte zwei Blätter aus der sogenannten „Form Nr. 5“ (Angaben zur Person) zu finden sind, wo wortwörtlich angegeben ist, der Unterzeichnete sei kein Mitglied der NSDAP oder ihrer angeschlossenen Organisationen gewesen.¹⁵¹ Das Dokument ist auf den 8. August 1949 datiert. Das Original wurde persönlich von Professor Ertel unterzeichnet. Es ist nicht eindeutig festzustellen, ob dies als ein Beweis dafür gesehen werden kann, dass die Mitgliedschaft verschwiegen wurde oder ob die Besatzungsmacht doch darüber informiert war. Dies ist heute auf der Grundlage der vorhandenen SMAD-Akten schwer nachprüfbar. Allerdings befindet sich im Bundesarchiv ein Schreiben der Berliner Universität an das Rektorat der Universität Innsbruck vom 17. Mai 1946 mit dem Anliegen, die Stellung von Professor Ertel zur NSDAP zu klären¹⁵². Die Antwort vom 5. Juli 1946 lautet, dass es aus dem vorliegenden Personalakt nicht „ersichtlich ist, ob der Genannte jemals Pg. oder Pa. der NSDAP war“.¹⁵³ Dem beiliegenden Gutachten von Professor Dr. Defant über Ertel ist aber folgende Formulierung zu entnehmen: „Ich [...] kann versichern, dass er, obschon er – wie ich glaube – seit 1943 Parteimitglied der NSDAP war, sich nie im nationalsozialistischen Sinne betätigt hat“.¹⁵⁴ Man kann schwer glauben, dass die SMAD über diesen Schriftwechsel nicht informiert war. Es besteht die Möglichkeit, dass die Angabe auf Anweisung der Besatzungsbehörden weggelassen wurde, um das Image des antifaschistischen Staates möglichst unbeschadet nach außen tragen zu können. Spätestens im Jahr 1958 ist seine NSDAP-Mitgliedschaft öffentlich bekannt geworden: Sein Name erschien in der ersten Ausgabe der Veröffentlichung des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten“.¹⁵⁵

In den SMAD-Akten wurde Personalmangel direkt als Motiv der Wiedereinstellung von belasteten Wissenschaftlern angegeben. Ein Beispiel dafür ist der bekannte Anglist und Shakespeare-Forscher Martin Lehnert.¹⁵⁶ Er wurde 1948 als Professor für Anglistik an der Universität Greifswald wiedereingestellt, wurde 1957 Dekan der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität und war ab 1961 ordentliches Mitglied der DAW. In seinem Fragebogen hatte er die Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1937 und in der SA seit 1934 angegeben, sie jedoch 1939 mit dem Wehrmachtseinsatz für beendet erklärt.¹⁵⁷ In seinem Lebenslauf findet man ebenfalls die Angabe der Mitgliedschaft im Stahlhelm

151 Form Nr. 5: Ertel, Hans Richard Max. Angaben zur Person. BArch Z47F R7317-65-9, Bl. 7–8.

152 Der Kurator der Deutschen Universität Innsbruck. Personalakten. Der Brief des Vorsitzenden des „Ehrenrats für den Lehrkörper“ und des Dekans der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin an das Rektorat der Universität Innsbruck v. 17.5.46. BArch R76-III/11.

153 Der Verwaltungsdirektor der Universität Innsbruck an das Dekanat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin, betr.: Prof. Dr. Hans Ertel, Politische Überprüfung. 5.7.46. BArch R76-III/11.

154 Die Abschrift des politischen Gutachtens von Prof. Dr. Defant über Prof. Dr. Ertel. Institut für Meteorologie u. Geophysik der Universität Innsbruck. 4.7.46. BArch R76-III/11.

155 Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen (1958). Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten, S. 15.

156 Martin Lehnert (1910–1992) war Anglist, Mediävist und Shakespeare-Forscher. 1937 Professor für Anglistik an der Universität Greifswald, 1939 Wehrmachtseinsatz; 1948 in Greifswald bis 1951 wiedereingestellt und 1950–51 dort Dekan; 1951–75 Professor für Anglistik und Amerikanistik an der HU Berlin und 1957–61 dort Dekan, seit 1961 ord. Mitglied der DAW; 1963–85 Präsident der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft in Weimar; ab 1952 Vorsitzender des wiss. Beirats für Anglistik sowie der späteren Sektion Anglistik im wiss. Beirat für Lit.-, Kunst- u. Sprachwiss. beim Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen.

157 Personalfragebogen von Martin Lehnert v. 7.9.48. BArch Z47F R7317-65-1, Bl. 186–187.

seit 1933 sowie die NSDAP- und SA-Anwartschaft¹⁵⁸ und die Stellungnahme der Personalabteilung, wonach es über Lehnert „neben der formellen Belastung“ „eine Reihe von Tatsachen“ gebe, die ihn in „einem zweifelhaften Licht erscheinen“ ließen.¹⁵⁹ Es handelte sich unter anderem um den Umstand, dass seine angebliche „illegale Tätigkeit“ während der Nazi-Herrschaft von „aktiven, z.T. verurteilt gewesenen Antifaschisten, bestritten wird“.¹⁶⁰ Trotz solcher problematischer Punkte in seinem Lebenslauf hat die Landesregierung Mecklenburg im Juni 1948 bei der SMAD die Bestätigung seiner Berufung als Professor mit vollem Lehrauftrag beantragt.¹⁶¹ Dem Schreiben des Vizepräsidenten des DVV Theodor Brugsch ist zu entnehmen, dass die Ernennung von Lehnert zum Professor bereits mit Wirkung vom 6. Januar 1948 erfolgte.¹⁶² Brugsch erklärte:

„Obwohl Dr. Lehnert politisch nicht unbelastet ist, halte ich ihn auf Grund des außerordentlich großen Mangels an Fachkräften auf dem Gebiet für Anglistik für tragbar und stimme der Ernennung zum Professor mit vollem Lehrauftrag zu. Ich bitte die Abteilung Volksbildung der SMAD, meine Entscheidung zu bestätigen.“¹⁶³

Die Wiedereinstellung der belasteten Wissenschaftler in der SBZ betraf nicht nur diejenigen NSDAP-Mitglieder, die als nominelle PGs galten und somit durch die SMAD von den „aktiven Nationalsozialisten und Militaristen“¹⁶⁴ unterschieden wurden. Trotz der offiziellen Version tauchten in den Universitäten auch Personen auf, die schwerlich nur den nominellen PGs zuzurechnen waren. So wurde der Mathematiker Wilhelm Maier¹⁶⁵ wegen seiner NS-Belastung erst 1946 von der Universität Greifswald ausgeschlossen, 1947 laut Beschluss der Entnazifizierungskommission wieder für die Hochschultätigkeit zugelassen und 1948 als Professor mit vollem Lehrauftrag in Rostock wieder eingestellt. Später war er dort und in Jena Institutsdirektor und Mitglied der Sächsischen AdW. Laut seinem Lebenslauf war Maier nicht nur Mitglied der NSDAP seit 1937, sondern auch der NSV seit 1936, und zwar als Blockwart, im NS-Altherrenbund seit 1937 und im NS-Dozentenbund seit 1942.¹⁶⁶ Die Stellungnahme der Personalabteilung vom Dezember 1947 weist darauf hin, dass Maier neben seiner Mitgliedschaft in der NSDAP „Funktionär in zwei anderen Naziorganisationen, der NSV und dem Dozentenbund“, war und daher „nicht nur als nomineller PG angesprochen werden“ konnte. Eine Lehrtätigkeit könne somit vorläufig nicht in Frage kommen. Man argumentierte aber weiter,

158 Einschätzung über Martin Lehnert v. 7.12.48. Ebd., Bl. 183. Hier sind die NSDAP- und die SA-Anwartschaft angegeben, obwohl es in den anderen Unterlagen um seine *Mitgliedschaft* handelt.

159 Stellungnahme der Personalabteilung bzgl. Martin Lehnert, untersch. von dem Chef der Personalabteilung Lehmann. Ebd., Bl. 183.

160 Ebd., Bl. 183.

161 Robert Rompe: Fachliche Stellungnahme der Abteilung W. betr. Berufung von Prof. Dr. Martin Lehnert zum Professor mit vollem Lehrauftrag für Anglistik an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald v. 7.6.48. Ebd., Bl. 185.

162 Theodor Brugsch: Schreiben an den Chef der Abteilung für Volksbildung der SMAD betr. Dr. Martin Lehnert v 12.2.49. Ebd., Bl. 182.

163 Ebd., Bl. 182.

164 Vgl. „Es wurde klar im Verhalten mit den nominellen Nationalsozialisten und den aktiven Faschisten und Militaristen unterschieden. Die Hauptaufmerksamkeit wurde der Ausmerzung der ehemaligen aktiven Nationalisten, der gerichtlichen Belangung und der Bestrafung der Kriegsverbrecher sowie der Personen gewidmet, die sich den Hitler-Verbrechen tatsächlich schuldig gemacht haben“. In: Bericht über die Arbeit der Verwaltung für innere Angelegenheiten der SMAD im Zeitraum v. Juli 1945 bis Oktober 1949. BArch Z47F R7317-17-1, Bl. 33.

165 Wilhelm Maier (1896–1990) war deutscher Mathematiker, 1935–37 Professor an der Universität Freiburg und 1937–46 in Rostock; 1946–48 wegen NS-Vergangenheit von der Universität ausgeschlossen; 1948–49 wiederingestellt als Professor an der Universität Rostock, 1949–61 Professor an der Universität Jena und an beiden Universitäten jeweils Institutsdirektor; ab 1961 Mitglied der Sächsischen AdW.

166 Einschätzung über Wilhelm Maier. BArch Z47F R7317-65-11, Bl. 288.

dass ihm „in Anbetracht seiner wissenschaftlichen Verdienste und seines guten Leumundes“ eine Möglichkeit gegeben werden solle, „weiterhin der Wissenschaft zu dienen“.¹⁶⁷ Zu erwähnen ist auch, dass Maier im Februar 1948, vor seiner erneuten Berufung, der Forschungsauftrag „Wiederholte Integration periodischer Funktionen“ erteilt wurde,¹⁶⁸ was mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu seiner baldigen Wiedereinstellung beigetragen hat. Im Schreiben vom September 1948 wird weiterhin erklärt, dass „im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses unter Durchführung eines geordneten Lehrbetriebes an der Uni Rostock seine Zulassung sehr erwünscht wäre“, da „an qualifizierten Mathematikern ein großer Mangel herrscht“.¹⁶⁹ Die Befürwortung der DVV für die Berufung von Maier erfolgte mit der Formulierung, dass er nicht nur zu den führenden Mathematikern Deutschlands zähle und sich als akademischer Lehrer bestens bewährt habe, sondern dass alle beteiligten Stellen sich „auf das Wärmste für ihn einsetzen“.¹⁷⁰ Der entsprechende Antrag auf Bestätigung ging an die SMAD am 29. September 1948 und wurde Anfang Oktober bewilligt.¹⁷¹

Weitere Stolpersteine im Alliierten Bildungskomitee

Die oben genannten Fälle der Westalliierten zonen sowie der SBZ sind statistisch nicht repräsentativ, was im Rahmen dieses Artikels auch nicht geleistet werden kann. Sie veranschaulichen aber umfassend, dass die Politik der „jeweiligen Umstände“,¹⁷² begleitet vom Verwaltungschaos und von aus der Not der Stunde geborenen Entscheidungen, zum roten Faden bezüglich der Entnazifizierung des Bildungswesens in jeder Zone wurde. Einzelfälle kamen im Alliierten Kontrollrat immer dann zum Einsatz, wenn ein Konsens mit den anderen Alliierten nicht als eigentliches Ziel angesehen wurde.

Aus den sowjetischen Protokollen ergibt sich der Eindruck, die sowjetische Delegation im Bildungskomitee habe oft die eine und die amerikanische und englische die andere Position vertreten. In einigen Fällen konnte die Sowjetseite mit der Unterstützung der französischen Delegation rechnen, auch wenn die letztere im Vergleich zu den anderen Besatzungsmächten weniger Autorität besaß¹⁷³ und zudem von ihrer Besatzungszone und Paris etwas „isoliert“¹⁷⁴ war. Robert Murphy verweist in seinen Erinnerungen ebenfalls darauf, dass die anglo-amerikanischen Vorschläge von der französischen Delegation durch ihr Veto oft blockiert wurden, sodass die Sowjetunion die Möglichkeit erhielt, „ihre eigenen Vorstellungen über Europa“¹⁷⁵ zu verwirklichen. Gunther Mai charakterisiert die Politik der Franzosen als Verweigerungsstrategie¹⁷⁶. Laut SMAD-Akten lagen die sowjetischen und die französischen Positionen in der ersten Etappe der Tätigkeit des

167 Stellungnahme der Personalabteilung v. 1.12.47 bzgl. Maier, Wilhelm, unterschrieben von dem Chef der Personalabteilung Lehmann. Ebd., Bl. 286.

168 Schreiben an Herrn Prof. Woronow, SMAD, Abteilung Volksbildung, betr. Forschungsauftrag für Prof. Dr. Wilhelm Maier, v. 13.2.48. Ebd., Bl. 291.

169 Stellungnahme der Personalabteilung v. 15.9.48 bzgl. Maier, Wilhelm, unterschrieben von dem Chef der Personalabteilung Lehmann. Ebd., Bl. (Verso) 288.

170 Robert Rompe: Fachliche Stellungnahme der Abteilung W betr. Berufung des Prof. Dr. Wilhelm Maier, Greifswald, zum Professor mit vollem Lehrauftrag an der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock“ v. 17.8.48. Ebd., Bl. 290.

171 Paul Wandel: Schreiben an den Chef der Abteilung für Volksbildung der SMAD betr. Berufung Prof. Dr. Wilhelm Maier an die Universität Rostock v. 29.9.48, mit dem handschriftlichen Bewilligungsvermerk. Ebd., Bl. 287.

172 S. Nikitin. In: Heinemann (Hrsg.) (2000).

173 Über die Position der französischen Delegation im Kontrollrat s. z.B. Klaus-Dietmar Henke (1982): Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 30., H. 3., S. 509.

174 Brewster S. Chamberlin (Hrsg.) (1979): Kultur auf Trümmern: Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section Juli–Dezember 1945, Bd. 39, S. 191.

175 Murphy (1964). S. 351.

176 Mai (1995). S. 66.

Kontrollrats oftmals nah beieinander. Dem Bericht über die Arbeit der Abteilung für Volksbildung der SMAD für das 2. Quartal 1946 entnimmt man aber schon die Behauptung, die französische Delegation, die „fast immer geschwankt hat“ und sich am Anfang meistens prosovjatisch verhielt, habe sich im Laufe der Zeit „manchmal dem amerikanisch-englischen Block“¹⁷⁷ angeschlossen. So wurden manche französischen Vorschläge, die bei den Amerikanern und Engländern Zustimmung fanden, von der Sowjetseite nicht akzeptiert. Ein Beispiel ist die Bildung der Kommissionen, die laut französischem Vorschlag vom 14. Dezember 1945 aus Deutschen bestehen, von der Militäradministration kontrolliert und für die Entlassung der Nationalsozialisten zuständig sein könnten.¹⁷⁸ Die Sowjetseite hatte gewünscht, dass Vertreter der Gewerkschaften, anderer antifaschistischer Organisationen und der Studentenschaft hinzugezogen werden sollten, während die drei Westalliierten die Präsenz der demokratischen Parteien für ausreichend hielten.¹⁷⁹

Das Verhältnis zwischen den Amerikanern und Briten war aber auch keineswegs ungestört und galt nach einigen Quellen Anfang 1946 als schlecht bzw. ihre Kooperation als „praktisch nicht existent“.¹⁸⁰ Trotzdem konnten die Amerikaner mindestens mit einer indirekten und auch oft aktiven Unterstützung der Briten rechnen. So war es auch in der Frage der traditionellen Unabhängigkeit der deutschen Universitäten vom Staat, was dem sowjetischen Bildungsmodell keinesfalls entsprach. Die Amerikaner waren der Meinung, die Angehörigen der Hochschulen müssten selbst für die Zulassung der Studenten zuständig bleiben, denn die Hochschulen „in den demokratischen Ländern sind selbst dafür zuständig und die Regierungsorgane dürfen sich nur dann einmischen, wenn eine Hochschule gegen die Bestimmungen über die Aufnahme von Studenten verstößt“¹⁸¹.

Zu den anderen Streitpunkten gehörten die Entnazifizierung und Aktualisierung der Lehrbücher, die (mangelnde) Entnazifizierung der Lehrerschaft und die Entlastung der nach 1. Januar 1919 geborenen Nationalsozialisten in der amerikanischen und britischen Zone vom März 1946. Im Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen hatte sich die sowjetische Delegation Ende 1947 beschwert, dass die amerikanischen und englischen Delegationen „unter verschiedenen Vorwänden“ die endgültige Erstellung des statistischen Berichts über die Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen verhindern würden.¹⁸² Alle diese Beschwerden wurden ordentlich dokumentiert und als Teil der Berichte über die Tätigkeit der Abteilung für Volksbildung quartalsweise den sowjetischen übergeordneten Dienststellen zur Verfügung gestellt sowie möglicherweise mit übereinstimmenden Auszügen aus den Zeitungen westlicher Besatzungszonen ausgerüstet.

177 P.W. Solotuchin: Bericht über die Kontrolle der Volksbildung in der SBZ. T.8. Über die Politik der Alliierten auf dem Gebiet der Volksbildung in Deutschland. 20.10.46. BArch Z47F 1737-54-7, Bl. 83.

178 Protokoll der 15. Sitzung des Direktorats für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen vom 14.12.45. BArch Z47F R7317-18-1, Bl. 141.

179 Protokoll der Sitzung des Direktorats für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen vom 28.2.48. BArch Z47F R7317-18-6, Bl. 159.

180 Mai (1995), S. 66 verweist diesbezgl. auf Murphy (7.3.1946). Dazu: Charles P. Kindleberger (1989): *The German economy, 1945–1947*; Charles P. Kindlebergers letters from the field. S. 73, usw. Auch hier, S. 73: „Briten und Franzosen wiesen übereinstimmend Clay erhebliche Mitschuld an der Vergiftung des Klimas im Kontrollrat zu“.

181 Protokoll der Sitzung des Direktorats für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen vom 28.2.48. BArch Z47F R7317-18-6, Bl. 160.

182 Erfüllungsbericht des Direktorats für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen für Dezember 1947. BArch Z47F R7317-18-6, Bl. 142.

Aus dem Verlauf der Debatte ergibt sich die Frage, inwieweit die Erklärungen im Kontrollrat oder in unserem Fall im Bildungsausschuss den tatsächlichen Umständen in den Besatzungszonen entsprachen¹⁸³ und inwieweit die deklarierten Ziele im tatsächlichen Interesse der Besatzungsmächte lagen. Wenigstens in der Frage der Entnazifizierung der Bildung wird deutlich, dass diese Diskrepanz groß war. Hier handelte es sich nicht nur um die unersetzbaren und brauchbaren Fachkräfte für die deutsche Bildung und Wissenschaft, sondern um die eigentlichen Interessen der Besatzungsmächte an der Bereicherung des eigenen wissenschaftlichen und technischen Potenzials an der Schwelle des Kalten Kriegs. Von der Freizügigkeit der Wissenschaftler und Lehrkräfte zwischen den Zonen konnte bereits in der ersten Phase der Tätigkeit des Alliierten Kontrollrats keine Rede mehr sein. Im Fall von namhaften bzw. einfach „brauchbaren“ Wissenschaftlern war die Frage der Belastung von nachrangiger Bedeutung, wenn es darum ging, sie für die eigene Zone oder das eigene Land zu gewinnen. Vom amerikanischen „Paperclip“-Projekt¹⁸⁴ bis hin zu Forschungsaufenthalten deutscher Wissenschaftler in der Sowjetunion zeigte sich die Tendenz, das wissenschaftliche Potenzial und die individuelle Leistung des Wissenschaftlers unabhängig von seiner Parteimitgliedschaft zu betrachten. „Known technical and scientific personnel shall not be granted passes to leave the U.S. Zone of Occupation without prior clearance from this Headquarters“¹⁸⁵, besagte das OMGUS-Schreiben vom 22. März 1946 an die Leiter der Militärregierungen von Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden. Laut der Anweisung vom 3. September des gleichen Jahres sei die Rückkehr von evakuierten Wissenschaftlern und Technikern in die SBZ ohne spezielle Genehmigung streng verboten.¹⁸⁶ Diese Angelegenheit durfte auch nicht öffentlich gemacht werden.¹⁸⁷

Die mit der Zeit immer angespanntere Arbeitsatmosphäre im Kontrollrat hing nicht nur von den politischen Richtlinien der jeweiligen Besatzungsmächte ab, sondern auch von den Mitgliedern der Delegationen und ihrer Beziehungen zueinander. Die erste Etappe der Tätigkeit des Kontrollrats war nicht zuletzt deswegen am wenigsten reibungsvoll, weil die Offiziere der Kontrollbehörden zusammen gegen das Dritte Reich gekämpft hatten und sich daher trotz häufiger Ungereimtheiten im Arbeitsablauf wie beispielsweise Übersetzungsproblemen¹⁸⁸ besser verstanden. Entsprechend trug der Generationswechsel 1947 auch entscheidend zur Zunahme der Diskrepanzen im Kontrollrat bei. Das letzte gemeinsam im Kontrollrat vorbereitete Dokument zu den Hochschulen, „Bestimmungen für die Aufnahme von Studenten in die deutschen Hochschulen“, wurde im Februar 1948 im Direktorat für Innere Angelegenheiten und Nachrichtenwesen gefertigt, an dem auch die sowjetischen Vertreter teilgenommen haben. Kurz danach kam, so Solotuchin, der absolute Bruch der Zusammenarbeit im Bildungswesen und der Anfang

183 Vgl. Scherstjanoi, S. 25.

184 Ein Projekt zur Gewinnung und Verlegung deutscher Wissenschaftler und Techniker in die USA im Rahmen und als Voraussetzung des militärischen Geheimprojekts „Operation Overcast“, das das militärtechnische Potential solcher Menschen für die USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sichern sollte.

185 William C. Backer, JR, Colonel, GSC, Executive. Control of German Scientists and Technicians. 22 March 1946. RG:260 OMGUS B-ID Box 161 File 19.

186 Prof. Dr. Adolf Smekal: Exchange of Evacuees with the Russian Zone (“Interzonen-Austausch”). 3 Sept 1946. Ebd., Bl. 1.

187 Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner betr. interzonale Rückführung an das Amt der Militärregierung für Bayern. 25 Sept 1946. Ebd.

188 Vgl. Van Wagenen (1948). S. 93 f. Vgl. auch Aussage von I. Bejdin in Heinemann (Hrsg.) (2000), S. 181: „Natürlich war es am Anfang im Kontrollrat etwas leichter. Aus dem einfachen Grund, weil alle Seiten in diesem Gremium von Offizieren vertreten wurden, die Frontoffiziere waren. Und natürlich war die Sympathie füreinander unter den Offizieren unterer Grade, egal, ob es ein Amerikaner war oder ein Russe, ziemlich lebendig“.

der „kulturellen Zerstückelung Deutschlands“¹⁸⁹: Im Frühjahr 1948 gaben die Oberbefehlshaber der westlichen Besatzungszonen ihr Einverständnis zur Tätigkeit der UNESCO in Deutschland und zur anschließenden Eröffnung der UNESCO-Verbindungsstellen in Stuttgart, Mainz und Düsseldorf. Diese Entwicklung wurde zusammen mit anderen Anzeichen des Scheiterns der Zusammenarbeit von der Sowjetseite als sehr negativ angesehen.

Zusammenfassung

Der Umgang mit Wissenschaftlern in Universitäten und Forschungsinstituten an konkreten Beispielen zeigt, dass die tagesaktuelle Praxis in den Besatzungszonen von den deklarierten Prinzipien der Entnazifizierung oft weit entfernt war. Die zahlreichen Reibungen im Alliierten Kontrollrat führten außerdem zu langen Diskussionen, Entscheidungsverzögerungen und einer ineffektiven Arbeitsweise. Auch die getroffenen Beschlüsse wurden in jeder Zone auf eigene Weise verstanden und ausgeführt. Die bereits vor dem Kriegsende ausgearbeiteten Konzepte der Umgestaltung der Bildung waren in keiner der Zonen präzise durchdacht und wurden auch nicht weiter konkretisiert. Die Säuberung von ehemaligen Nationalsozialisten, die Wiederinbetriebnahme des (Hoch-)Schulsystems und die Sicherung des eigenen Rüstungs- und wissenschaftlichen Potenzials der Siegerstaaten durch die gezielte gegenseitige Abwerbung der Wissenschaftler standen bei der Verwirklichung ihrer Ziele oft miteinander in Konflikt. Daher bietet besonders die Entnazifizierung des wissenschaftlichen Personals bzw. des Lehrkörpers ein heterogenes Bild, sodass die Vorgänge auf der Grundlage konkreter Einzelfälle und nicht pauschal erklärt werden müssen. Im Fall der sowjetischen Besatzungszone wurden die Maßnahmen durch den radikalen Paradigmenwechsel im Bildungssystem und Ambivalenzen des sowjetischen Systems verkompliziert. Die Schicksale einzelner Wissenschaftler hingen vor diesem Hintergrund von vielen Faktoren ab, sodass sie sich nur *grosso modo* verallgemeinern lassen. Zusammenfassend kann aber gesagt werden, dass die Laufbahnen der belasteten Wissenschaftler in der SBZ bzw. der DDR eher durch ihre Qualifikation und jeweilige wechselvolle Umstände als durch die deklarierten Prinzipien der Entnazifizierung und der Umgestaltung der Bildung bestimmt wurden.

189 P.W. Solotuchin: Bericht über die Arbeit des Bildungskomitees im Direktorat der Inneren Angelegenheiten und Nachrichtenwesen der Alliierten Kontrollmacht in Deutschland für den Zeitraum v. 22.8.45 bis 31.3. 1948. BArch Z47F R7317-54-10, Bl. 122.